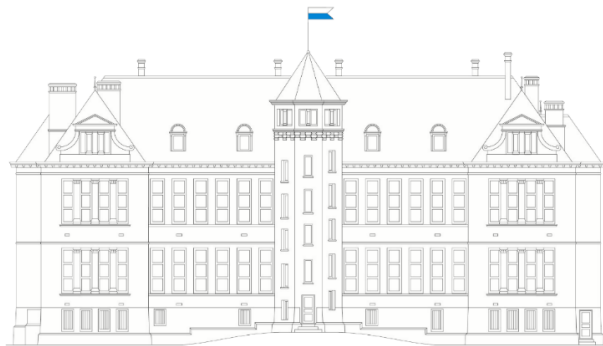


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT	8
MEDIENPOLITIK	8
Kommission wertet Verhaltenskodex betreffend Desinformation aus.....	8
Chinesische Videoplattform TikTok tritt Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Hassrede bei.....	8
INSTITUTIONELLES.....	9
Neue Zusammensetzung des Kollegiums <i>von der Leyen</i> nach Rücktritt von Handelskommissar <i>Phil Hogan</i>	9
Kommission veröffentlicht ersten Bericht „Strategische Vorausschau“ als Kompass für ihrer zukünftige Arbeit	9
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN	10
Brexit: EU verlangt Vertragstreue von Großbritannien.....	10
EU kündigt gegenüber Weißrussland Sanktionen an und fordert Freilassung inhaftierter Personen	10
EU verurteilt Giftgasangriff auf russischen Oppositionspolitiker <i>Alexej Nawalny</i> scharf.....	10
Schwere Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei im östlichen Mittelmeer	11
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION.....	12
COVID-19.....	12
Kommissionsvorschlag zur Verbesserung der Klarheit und Vorhersehbarkeit von Maßnahmen zur Beschränkung der Freizügigkeit in der EU.....	12
Ratsempfehlung zur schrittweisen Aufhebung des EU-Einreisestopps aus Drittstaaten; aktualisierte Staatenliste.....	13
SICHERHEITSUNION	13
Neue EU-Strategie für die Sicherheitsunion 2020 - 2025	13
KATASTROPHENSCHUTZ.....	14
ENVI-Ausschuss für Stärkung des EU-Katastrophenschutzes	14
ASYL UND MIGRATION	14
EU-Kommissionspräsidentin sagt Unterstützung anlässlich des Großbrands im Flüchtlingslager Moria zu.....	14
Erster EASO-Bericht zum Herkunftsland Venezuela	15
CYBERSICHERHEIT	15
Erstmals Sanktionen der EU als Reaktion auf Cyberangriffe.....	15
TERRORISMUS UND ORGANISIERTE KRIMINALITÄT	16
Evaluationsbericht der EU-Kommission zur Richtlinie über die Verwendung von Fluggastdaten (PNR-Richtlinie)	16
INTEGRATION	16
Kommission, Wirtschafts- und Sozialpartner erneuern Europäische Integrationspartnerschaft	16
LIBE-Ausschuss fordert Legislativmaßnahmen zur Verbesserung der Integration von Roma	17



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR	18
COVID-19	18
Rat einigt sich auf gemeinsame Hygienevorschriften für den Verkehrssektor	18
Kommission genehmigt deutsche Beihilfe in Höhe von 6 Mrd. € für coronageschädigte Verkehrsunternehmen	18
Kommission genehmigt deutsche Beihilferegelung für Flughäfen	18
VERKEHRSINFRASTRUKTUR	19
Kommission veröffentlicht Fortschrittsbericht zur Umsetzung der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V)	19
ZULASSUNGSRECHT	19
Verordnung über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen tritt in Kraft	19
LUFTVERKEHR	20
Deutsche EU-Ratspräsidentschaft veranstaltet Luftverkehrsgipfel 2020	20
LUFTVERKEHR	21
Kommission leitet Konsultation zur Entwicklung alternativer Kraftstoffe im Luftverkehr ein	21
Kommission leitet Konsultation zur Zeitnischenregelung auf Flughäfen ein	21
Kommission leitet Konsultation zum Flugverkehrsmanagement ein	21
SCHIFFSVERKEHR	22
EU-Ratspräsidentschaft veranstaltet Ministerkonferenz zu „Greening Shipping“	22
BINNENSCHIFFFAHRT	22
Kommission veröffentlicht Studie zur digitalen Vernetzung der Binnenschifffahrt	22
BAUEN UND WOHNEN	22
Kommission leitet Konsultation zur Bauproduktenverordnung ein	22
Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für Juni 2020	23
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ	24
EU-Strategie zur wirksameren Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern	24
Ernennung der Europäischen Staatsanwälte	24
Folgenabschätzung zur nachhaltigen Unternehmensführung	25
Fahrplan zur Digitalisierung der Justiz	25
Öffentliche Konsultation zur EU-Strategie für die Rechte des Kindes (2021 - 2024)	25
Öffentliche Konsultation zum Europäischen Vollstreckungstitel	26
EuGH: Ernennung von drei Richtern und einem Generalanwalt	26
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST	27
FORSCHUNG	27
Europäischer Forschungsrat vergibt ERC Starting Grants 2020 – 16 Auszeichnungen gehen an bayerische Universitäten	27



KULTUR	27
Creative Europe Monitoring Report 2019 veröffentlicht	27
Gemeinsame Forschungsstelle (JRC) der Kommission veröffentlicht Bericht zu den Auswirkungen der Corona-Krise in europäischen Städten mit hohem kulturellen Potential.....	27
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT	29
Finanzierung von Kurzarbeit: Kommission schlägt Darlehen von 87 Mrd. € an 16 Mitgliedstaaten vor... ..	29
Bundesfinanzminister <i>Olaf Scholz</i> diskutiert Prioritäten des deutschen Ratsvorsitzes mit Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments	29
Jährliche Inflation im Euroraum sinkt im August unerwartet deutlich auf -0,2 %.....	30
Europäischer Rechnungshof fordert bessere Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen	30
EU-HAUSHALT.....	31
Jahreshaushalt 2021 der EU: EU-Botschafter nehmen Verhandlungsstandpunkt an und kürzen gegenüber Kommissionsvorschlag um knapp 4 Mrd. €	31
Europäisches Parlament bekräftigt Forderungen zur Verknüpfung von EU-Geldern mit der Achtung der Rechtsstaatlichkeit.....	31
Langfristiger EU-Haushalt ab 2021: Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments sieht „tiefe Kluft“ bei Verhandlungen und fordert klaren Zeitplan für neue EU-Einnahmequellen	32
Coronavirus: Kommission schlägt weitere Aufstockung des EU-Haushalts 2020 um 6,2 Mrd. € vor.....	32
2019 neben Deutschland zehn weitere Nettozahler in den EU-Haushalt	33
Wiederaufbaugelder: Europäischer Rechnungshof weist für den Mehrwert auf die Bedeutung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne hin	33
Kommission: Schutz des EU-Haushalts vor Betrug hat sich 2019 weiter verbessert.....	34
STEUER	35
Kommission beziffert „Mehrwertsteuerlücke“ in den Mitgliedstaaten für 2018 mit ca. 140 Mrd. €	35
Coronavirus: Frankreich verlängert u. a. mit Deutschland steuerliche Abkommen zu Grenzarbeitern bis Ende Dezember 2020	35
EuGH-Generalanwalt: Auskunftsanspruch des Insolvenzverwalters einer Kapitalgesellschaft gegenüber Finanzamt unterliegt nicht der Datenschutz-Grundverordnung	36
WIRTSCHAFT- UND WÄHRUNGSUNION	36
Europäische Zentralbank verlängert Euro-Liquiditätslinien mit den Zentralbanken von Kroatien und Rumänien	36
DIGITALE INFRASTRUKTUR	37
Ausbau der Breitbandinfrastruktur: Kommission nimmt Rückmeldungen zur Bewertung der EU-Beihilfevorschriften entgegen	37
Nutzung von Geodaten: Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Bewertung der INSPIRE-Richtlinie	37



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE ..	39
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE	39
Neue Zusammensetzung des Kollegiums <i>von der Leyen</i> nach Rücktritt von Handelskommissar <i>Phil Hogan</i>	39
Kommission legt Maßnahmenpaket für die Erholung der Kapitalmärkte nach der COVID-19 Krise sowie Änderungen der Benchmark-VO vor.....	39
Kommission genehmigt BayernFonds in Höhe von 46 Mrd. €	40
Kommission genehmigt deutsche Beihilfe in Höhe von 840 Mio. € zum Schutz der Verbraucher und zur Unterstützung der Reisebranche.....	40
Kommission genehmigt deutsche Beihilfe in Höhe von 6 Mrd. € für coronageschädigte Verkehrsunternehmen.....	40
Kommission genehmigt deutsche Beihilfereglung für Flughäfen.....	41
Kommission genehmigt staatliche Beihilfe Belgiens zur Unterstützung von Brussels Airlines	41
Kommission veröffentlicht Aktionsplan zu kritischen Rohstoffen.....	41
REACT-EU: Ausschuss für regionale Entwicklung nimmt Bericht an	42
Kommission, Wirtschafts- und Sozialpartner erneuern Europäische Integrationspartnerschaft	42
Kartellrecht: Ergebnisse der Evaluierung der Gruppenfreistellungsverordnung für vertikale Vereinbarungen	42
EuGH: Abschaffung von Roaminggebühren	43
Kommission legt Entwurf für delegierten Rechtsakt zu Eurorates und zu Empfehlungen zu relevanten Märkten vor.....	43
Folgenabschätzung zur nachhaltigen Unternehmensführung.....	44
Ausbau der Breitbandinfrastruktur: Kommission nimmt Rückmeldungen zur Bewertung der EU-Beihilfevorschriften entgegen	44
Kommission gibt Gelegenheit zur Stellungnahme zur Überarbeitung der Vorschriften für finanzielle Referenzwerte.....	44
Öffentliche Konsultation zur langfristigen Vision für ländliche Gebiete gestartet	45
Konsultation zur Überarbeitung der eIDAS Verordnung und Schaffung einer digitalen Identität	45
Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Erwerb der gemeinsamen Kontrolle über IONITY durch Hyundai, BMW, Daimler, Porsche und Ford.....	45
TECHNOLOGIE UND INNOVATION	46
EIB vergibt 15 Mio. € an bayerisches Unternehmen The Mobility House für intelligente Ladetechnologien.....	46
Raumfahrt: Erster erfolgreicher Satellitenstart gefördert durch Horizont 2020	46
AUßENWIRTSCHAFT	46
EU-Vietnam: Handelsabkommen in Kraft.....	46
EU-US-Handel: Vorschlag der Kommission zur Absenkung bestimmter Zölle	46
Stärkung des Präferenzhandels der EU mit Pan-Europa-Mittelmeer-Ländern	47



Analyse des Europäischen Rechnungshofs zu Chinas Investitionsstrategie.....	47
ENERGIE	47
Folgenabschätzungen im Energiebereich	47
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ.....	48
UMWELT	48
Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht „Gesunde Umwelt, gesundes Leben“	48
REACH-Regelungsausschuss beschließt EU-Verbot von Bleimunition in Feuchtgebieten	48
Kommission startet Konsultation zur Bauproduktenverordnung.....	48
Kommission startet „call for ideas“ zu den Themen Klima, Wasser und Boden.....	49
Kommission startet Konsultation zu Umweltauswirkungen von Unternehmen und Produkten.....	49
Kommission veröffentlicht Bericht über die Verwendung von Quecksilber in Dentalamalgam und in Produkten	50
VERBRAUCHERSCHUTZ.....	50
Kommission startet Konsultation zu Zulassungen für Pestizide	50
EuGH: Entschädigung wegen Flugverspätung –Anspruch in Landeswährung.....	51
EuGH: Keine Haftung des Luftverkehrsunternehmens für Schäden aufgrund einer Verletzung während Hotelunterbringung	51
EuGH: Abschaffung von Roaming-Gebühren	52
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN.....	53
Informelle Tagung des Agrarrats in Koblenz	53
Kommission schlägt Verschiebung der neuen Öko-Verordnung auf 2022 vor.....	53
Öffentliche Konsultation zur Entwicklung eines Aktionsplans zur Steigerung der EU-Öko-Produktion gestartet.....	53
Öffentliche Konsultation zur langfristigen Vision für ländliche Gebiete gestartet	54
Öffentliche Konsultation zu entwaldungsfreien Lieferketten gestartet	54
Öffentliche Konsultation zum Fitness-Check der EU-Vorschriften gegen illegalen Holzeinschlag gestartet	55
STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES	56
Kommission sowie Wirtschafts- und Sozialpartner erneuern Europäische Integrationspartnerschaft.....	56
Kommission startet öffentliche Konsultation zu einer EU-Strategie für die Rechte des Kindes.....	56
Arbeitslosenquote steigt im Juli 2020 im Euroraum auf 7,9 % und in der gesamten EU auf 7,2 %.....	56
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE	58
Coronavirus: Kommission verhandelt mit Pharmaindustrie über Impfstoff-Kontingente.....	58
Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht „Gesunde Umwelt, gesundes Leben“	58
Coronavirus: Kommissionsvorschlag zur Verbesserung der Klarheit und Vorhersehbarkeit von Maßnahmen zur Beschränkung der Freizügigkeit in der EU.....	59



Coronavirus: EU-Gesundheitsminister beraten über Reisebeschränkungen und Impfstoffbeschaffung ..	59
Coronavirus: Kommission beteiligt sich an COVAX-Initiative für globalen Impfstoffzugang	59
Coronavirus: Kommission registriert die Europäische Bürgerinitiative „Recht auf Behandlung“	60
Kommission veröffentlicht Bericht über die Verwendung von Quecksilber in Dentalamalgam	60
Kommission veröffentlicht Abschlussbericht zur Evaluierung der EU-Gesetzgebung über Kinderarzneimittel und Arzneimittel für seltene Erkrankungen	61
Kommission stellt die neue Drogenstrategie der EU und den zugehörigen Drogenaktionsplan vor	61
STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES	63
Konsultation zur Überarbeitung der eIDAS-Verordnung und Schaffung einer digitalen Identität	63
Ausbau der Breitbandinfrastruktur: Kommission nimmt Rückmeldungen zur Bewertung der EU- Beihilfavorschriften entgegen	63
EU CodeWeek 2020 wird hauptsächlich online stattfinden	63
Förderprogramm “Kreatives Europa”: Bericht zur Förderperiode 2019	64



POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

MEDIENPOLITIK

Kommission wertet Verhaltenskodex betreffend Desinformation aus

Am 10.09.2020 hat die Kommission die Auswertung der Selbstbewertungsberichte vorgelegt, die von den Unterzeichnern des Verhaltenskodex' betreffend Desinformation (u.a. Facebook, Google, Twitter) erstellt worden waren. Die Kommission kommt darin zu dem Schluss, dass die im Dezember 2018 geschlossene Vereinbarung die Anforderungen für angemessene Maßnahmen identifiziert und deren Transparenz erhöht habe. Allerdings leide die Effizienz des Kodex' an fehlenden allgemein gültigen Definitionen und Zielvorgaben; auch gebe es bislang keinen unabhängigen Überprüfungsmechanismus. Insoweit sei an eine verstärkte Kooperation zwischen Plattformen und der Wissenschaftsgemeinde – inklusive Zugang der Letzteren zu den Daten der Ersteren – zu denken. Ein weiteres Ziel müsse sein, die Zahl der mitwirkenden Unternehmen zu vergrößern, vor allem aus der Werbebranche. Die Kommission legte zugleich den ersten Bericht über das Tätigwerden der Plattformen gegen COVID-19-bezogene Desinformation unter ihrer entsprechenden Gemeinsamen Mitteilung vom 10.06.2020 vor. Die Erkenntnisse aus beiden Berichten sollen in die Überlegungen zum „Rechtsakt über digitale Dienste“ und den „Europäischen Aktionsplan für Demokratie“ einfließen.

[Webseite der Kommission zum Auswertungsbericht betreffend Desinformation](#) (in englischer Sprache)

[Webseite der Kommission zum Bericht über COVID-19-bezogene Desinformation](#) (in englischer Sprache)

Chinesische Videoplattform TikTok tritt Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Hassrede bei

Die insbesondere bei jungen Menschen sehr populäre chinesische Videoplattform TikTok ist dem von der Kommission im Mai 2016 mit mehreren sozialen Netzwerken (u. a. Facebook, YouTube) vereinbarten Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Hassrede im Internet als neuntes Unternehmen beigetreten, wie am 08.09.2020 bekannt wurde. Mit dem Verhaltenskodex verpflichten sich die unterzeichnenden Unternehmen, wirksame Verfahren zu installieren, dass sie binnen 24 Stunden in der Lage sind, die Mehrheit gemeldeter Hassrede-Beiträge zu bewerten und gegebenenfalls zu löschen. Laut der jüngsten Auswertung des Verhaltenskodex aus dem Juni 2020 erfolgten durchschnittlich 90 % der Bewertungen binnen 24 Stunden, woraufhin 71 % der gemeldeten Beiträge gelöscht wurden. TikTok hat allein außerhalb Chinas etwa eine Milliarde Nutzer.

[Webseite der Kommission zum Verhaltenskodex](#) (in englischer Sprache)



INSTITUTIONELLES

Neue Zusammensetzung des Kollegiums von der Leyen nach Rücktritt von Handelskommissar Phil Hogan

Nach dem Rücktritt des Iren *Phil Hogan* als EU-Handelskommissar am 26.08.2020 hat Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* am 08.09.2020 eine Umbildung ihres Kollegiums vorgeschlagen. Die irische Europaabgeordnete *Mairead McGuinness* (EVP-Fraktionsmitglied und bis dato Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments (EP)) soll als neue Kommissarin die Aufgaben Finanzdienstleistungen, Finanzstabilität und Kapitalmarktunion von Exekutiv-Vizepräsident *Valdis Dombrovskis* übernehmen. *Dombrovskis* wird dafür fortan zusätzlich das Handelsportfolio verantworten. Gleichzeitig soll er, wie bisher, mit Wirtschaftskommissar *Paolo Gentiloni* die Kommission in der Eurogruppe vertreten. Der Vorschlag der Kommissionspräsidentin bedarf nun der Zustimmung von Rat und EP.

[Presseerklärung der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Umbildung ihres Kollegiums](#)

[Statement von Phil Hogan zu seinem Rücktritt](#) (in englischer Sprache)

[Statement der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zum Rücktritt](#) (in englischer Sprache)

Kommission veröffentlicht ersten Bericht „Strategische Vorausschau“ als Kompass für ihrer zukünftige Arbeit

Am 09.09.2020 veröffentlichte die Kommission ihren ersten Bericht „Strategische Vorausschau“, der mittel- und langfristige Trends in Gesellschaft, Wirtschaft, (Welt-)Politik und Umwelt skizziert. Der inhaltliche Schwerpunkt der Analyse liegt auf der anhaltenden COVID-19-Pandemie, der Erholung bzw. des Wiederaufbaus Europas sowie der Vorsorge hinsichtlich möglicher zukünftiger Ereignisse dieser oder vergleichbarer Art. Hier identifiziert der Bericht als wichtigstes Instrument ein hohes Resilienzvermögen, das zudem breit definiert wird. Die Erkenntnisse sollen gemäß des für den Bericht zuständigen Vize-Präsidenten *Maroš Šefčovič* Kompass für die künftige strategische Ausrichtung der Kommission sein und in das Arbeitsprogramm einfließen. Die Kommission plant den Strategiebericht jährlich fortzuschreiben und zu veröffentlichen. Des Weiteren möchte die Kommission mit jedem Mitgliedstaat eine strategische Analyse (Stärken-/Schwächenprofil einer länderspezifischen Resilienz) anstoßen (sog. resilience dashboards). Auch solle der Bericht im Rahmen der nächsten ESPAS-Konferenz (European Strategy and Policy Analysis System) im November diskutiert werden.

[Pressemitteilung der Kommission zum ersten Bericht „Strategische Vorausschau“ vom 09.09.2020](#) (in englischer Sprache)

[Fragen und Antworten zum ersten Bericht „Strategische Vorausschau“ vom 09.09.2020](#) (in englischer Sprache)

[Zusammenfassung und Bericht „Strategische Vorausschau“ vom 09.09.2020](#) (in englischer Sprache)



INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Brexit: EU verlangt Vertragstreue von Großbritannien

Die EU hat die britische Regierung am 10.09.2020 aufgefordert, ihre Pläne für eine Änderung des Brexit-Vertrages bis zum Ende des Monats zurückzunehmen. Das geplante Binnenmarktgesetz wäre, sollte es verabschiedet werden, "eine extrem schwerwiegende Verletzung der Austrittsvereinbarung und des internationalen Rechts", sagte der Vizepräsident der Kommission *Maroš Šefčovič* nach einem Treffen mit dem britischen Brexit-Minister *Michael Gove* in London. Großbritannien war Ende Januar aus der EU ausgetreten – vereinbarte aber zugleich eine Übergangsfrist bis zum 31.12.2020. Bis dahin wollen sich die EU und die britische Regierung auf einen neuen Handelsvertrag einigen, um so einen No-Deal-Brexit und damit vor allem ökonomische Verwerfungen auf beiden Seiten zu verhindern. In der laufenden Woche gab es hierzu eine achte Verhandlungsrunde – die dann von der überraschenden Ankündigung der britischen Regierung überschattet wurde. Im Kern geht es um eine mögliche Grenze zwischen dem britischen Nordirland und dem zur EU gehörenden Irland. Klauseln, die eine solche Grenze verhindern sollen, will die Regierung in London aushobeln. Die Folge wären eine neue, konfliktreiche Grenze auf der irischen Insel und komplizierte Zollregelungen.

[Erklärung der Kommission nach der Sondersitzung des Gemeinsamen Ausschusses zur Überwachung der Umsetzung des Abkommens am 10.09.2020](#) (in englischer Sprache)

[Statement von EU-Chefunterhändler *Michel Barnier* vom 10.09.2020](#) (in englischer Sprache)

EU kündigt gegenüber Weißrussland Sanktionen an und fordert Freilassung inhaftierter Personen

Der Hohe Vertreter der EU, *Josep Borrell*, hat in einer Stellungnahme vom 07.09.2020 die „seit dem Beginn des Wahlkampfes für die Präsidentenwahl anhaltenden willkürlichen und unerklärten Verhaftungen und Ingewahrsamnahmen aus politischen Gründen“ in Weißrussland „scharf verurteilt“ und die „unverzügliche“ Freilassung der festgenommenen Personen verlangt. Entsprechend dem Europäischen Rat, der am 19.08.2020 erklärt hatte, er erkenne die Ergebnisse der Präsidentenwahl vom 09.08.2020 – die der seit 1994 amtierende Amtsinhaber *Aljaksandr Lukaschenka* angeblich mit 80 % der Stimmen gewonnen haben soll – angesichts der Berichte von Wahlbeobachtern nicht an, sprach *Borrell* von einer „verfälschten“ Wahl. Ebenso entsprechend dem Europäischen Rat kündigte er Sanktionen gegen die „für Gewalt, Unterdrückung und Fälschung von Wahlergebnisse verantwortlichen Personen“ an. Die EU erwarte von den Behörden, dass sie in einen „nationalen Dialog“ mit den Bürgern eintrete.

[Erklärung des Hohen Vertreters vom 07.09.2020](#) (in englischer Sprache)

[Webseite des Europäischen Rates zu den Beziehungen zwischen der EU und Weißrussland](#)

EU verurteilt Giftgasangriff auf russischen Oppositionspolitiker *Alexej Nawalny* scharf

Der Hohe Vertreter, *Josep Borrell*, hat in einer Stellungnahme vom 03.09.2020 erklärt, die Europäische Union verurteile „aufs Schärfste den Mordversuch an *Alexej Nawalny*“ mittels eines Nervenkampfstoffs der



Nowitschok-Gruppe. Der Einsatz chemischer Waffen stelle einen „schweren Verstoß gegen das Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen“ dar. Russland müsse uneingeschränkt mit der Organisation für das Verbot chemischer Waffen zusammenarbeiten für eine „unparteiische internationale Untersuchung“. Bei dem von einem Bundeswehr-Labor im Körper *Nawalnys* entdeckten Nowitschok handelt es sich um einen ab den 70er Jahren in der Sowjetunion entwickelten Acetylcholinesterase-Hemmer, der unbehandelt zum Tod durch Lähmung des Herz- und Atemmuskels führt und auch bei Behandlung schwere neurologische Folgeschäden verursachen kann.

[Erklärung des Hohen Vertreters vom 03.09.2020](#)

Schwere Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei im östlichen Mittelmeer

Die seit Ende Juli eskalierenden Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei wegen Territorialitätsansprüchen zur Gewinnung von Erdgas im Mittelmeer (EB 13/20) wurden von türkischer Seite weiter befeuert. So kündigte der türkische Verteidigungsminister *Hulusi Akar* am 05.09.2020 eine fünftägige militärische Übung seiner Truppen am türkischen Festland und auf dem türkischen Inselteil Zypens an. Die Operation „Mittelmeer-Sturm“ startete einen Tag später. Zeitgleich erinnerte Staatspräsident *Recep Tayyip Erdogan* in einer Rede an den Sieg seines Landes über Griechenland im türkischen Unabhängigkeitskrieg 1922 und drohte mit Blick auf die UN-Seerechtskonvention und die griechischen Wirtschaftszonen mit einer Wiederholung der Geschichte. Frankreichs Präsident *Emanuel Macron* hat daher sechs EU-Länder des Mittelmeers (sog. EuroMed7-Gruppe) zu einem informellen Gespräch am 10.09.2020 geladen. Die 27 EU- Staats- und Regierungschefs hatten sich zu dieser Thematik – neben der aktuellen Lage in Weißrussland und Mali – bereits am 19.08.2020 beraten und werden sich mit der Krise erneut am 24./25.09.2020 befassen.

[Schlussfolgerungen des Europäischen Rates im Anschluss an den Sondergipfel vom 19.08.2020](#)

[Artikel zur türkischen Militärübung „Mittelmeer-Sturm“ in der Zeit vom 05.09.2020](#)

[Artikel zur Rede des türkischen Staatspräsidenten in der Badischen Zeitung vom 07.09.2020](#)



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

COVID-19

Kommissionsvorschlag zur Verbesserung der Klarheit und Vorhersehbarkeit von Maßnahmen zur Beschränkung der Freizügigkeit in der EU

Nachdem Ungarn mit Wirkung vom 01.09.2020 seine Grenzen aufgrund gestiegener Infektionszahlen generell geschlossen hat, sodass Einreisen grundsätzlich nur noch ungarischen Staatsangehörigen erlaubt sind (Ausnahmen bestehen für Polen, Tschechien und die Slowakei), und bis zum 01.10.2020 in diesem Zusammenhang auch wieder EU-Binnengrenzkontrollen durchführt, hat die EU-Kommission am 04.09.2020 mit einem Vorschlag zur Verbesserung der Klarheit und Vorhersehbarkeit von Maßnahmen zur Beschränkung der Freizügigkeit reagiert, um die Integrität des Schengenraums zu wahren. Der Vorschlag für eine Ratsempfehlung sieht eine Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in folgenden vier Schlüsselbereichen vor:

1. Gemeinsame Kriterien und Schwellenwerte als Grundlage für die Entscheidung über die Einführung von Reisebeschränkungen (14-Tage-Inzidenzwert; Anteil der Positivtestungen; wöchentliche Testquote)
2. Kartierung anhand eines Farbcodes für die Regionen der Mitgliedstaaten (grün, orange, rot, grau)
3. Gemeinsame Maßnahmen für Reisen aus Risikogebieten (Quarantäne/Test je nach Farbe der Region)
4. Rechtzeitige Information der Öffentlichkeit.

Demnach sollten nach Ansicht der Kommission keine Reisebeschränkungen verhängt werden, wenn der 14-Tage-Inzidenzwert in einer Region unter 50 pro 100.000 Personen oder die Positivtestrate unter 3 % liege, sofern die wöchentliche Testquote mehr als 250 pro 100.000 Personen betrage. Je nach 14-Tage-Inzidenzwert, Positivtestrate und wöchentlicher Testquote werden die Regionen der Mitgliedstaaten in grüne, orange, rote oder graue Gebiete eingestuft, mit jeweils unterschiedlichen Implikationen für zu ergreifende Maßnahmen bei Reisen aus den jeweiligen Gebieten. Die Karte solle wöchentlich aktualisiert werden. Der Rat wird den Vorschlag der Kommission in den kommenden Wochen erörtern (siehe hierzu den Beitrag des StMGP in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission vom 04.09.2020](#)

[Kommission: Entwurf einer Ratsempfehlung für ein koordiniertes Vorgehen zu den Beschränkungen der Freizügigkeit aufgrund der Corona-Pandemie](#) (in englischer Sprache)



Ratsempfehlung zur schrittweisen Aufhebung des EU-Einreisestopps aus Drittstaaten; aktualisierte Staatenliste

Am 07.08.2020 nahm der Rat der Europäischen Union mehrheitlich eine turnusgemäß aktualisierte Empfehlung zur schrittweisen, koordinierten Aufhebung des EU-Einreisestopps aus Drittstaaten an (Fortsetzung zu EB 13/20). Basierend auf den bereits festgelegten objektiven Kriterien erfolgte insbesondere eine weitere Aktualisierung der Liste einreiseberechtigter Drittstaaten, die sich nunmehr auf nur noch zehn (bzw. elf) begünstigte Drittstaaten verringerte, nämlich: Australien, Kanada, Georgien, Japan, Neuseeland, Ruanda, Südkorea, Thailand, Tunesien, Uruguay sowie China (vorbehaltlich der Bestätigung der Gegenseitigkeit). Nachdem Algerien bereits mit vorausgegangener Aktualisierung vom 30.07.2020 wieder von der Liste gestrichen worden war, folgte nun mit der Aktualisierung vom 07.08.2020 auch die Entfernung Marokkos von der Positivliste. Auf EU-Botschafterebene (COREPER) wurde am 02.09.2020 beschlossen, den Sachstand vom 07.08.2020 zunächst unverändert beizubehalten.

Die nationale Umsetzung der rechtlich nicht verbindlichen Ratsempfehlung bleibt den Mitgliedstaaten überlassen.

[Pressemitteilung des Rates vom 07.08.2020](#)

SICHERHEITSUNION

Neue EU-Strategie für die Sicherheitsunion 2020 - 2025

Am 24.07.2020 verständigte sich die EU-Kommission unter Federführung der EU-Kommissare *Schinas* und *Johansson* auf vier zusammenhängende sicherheitspolitische Vorschläge. Übergeordneter Rahmen war dabei die neue EU-Strategie für die Sicherheitsunion 2020 - 2025, mit welcher die künstliche Unterscheidung sicherheitspolitischer Bedrohungen in die Kategorien „online/offline“, „digital/physisch“, „intern/extern“ überwunden werden sollte. Die vier strategischen Prioritäten der neuen ressortübergreifenden EU-Strategie sind:

1. Ein zukunftsfähiges Sicherheitsumfeld, insbesondere der Schutz kritischer (physischer und digitaler) Infrastrukturen,
2. Die Bekämpfung sich wandelnder Bedrohungen, insbesondere von Cyber- und hybriden Bedrohungen, konkret durch Errichtung einer gemeinsamen Cyber Unit als Plattform für koordinierte Zusammenarbeit,
3. Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität, sowie
4. Ein starkes europäisches Sicherheitsökosystem, mit Schwerpunkt Informations- und Datenaustausch, Forschung und Innovation.

Innerhalb der Priorität Nr. 3 (Organisierte Kriminalität) veröffentlichte die EU-Kommission am selben Tag drei Sofortinitiativen zum



1. Kampf gegen sexuellen Kindesmissbrauch,
2. Kampf gegen Drogen, sowie
3. Kampf gegen illegalen Handel mit Feuerwaffen.

Siehe hierzu auch den Beitrag des StMJ in diesem EB.

[Pressemitteilung der Kommission vom 24.07.2020](#)

[Mitteilung der Kommission: EU-Strategie für eine Sicherheitsunion vom 24.07.2020](#)

[Mitteilung der Kommission: EU-Strategie für eine wirksamere Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern vom 24.07.2020](#)

[Mitteilung der Kommission: EU-Agenda zur Drogenbekämpfung und Aktionsplan für den Zeitraum 2021 - 2025 vom 24.07.2020](#)

[Mitteilung der Kommission: EU-Aktionsplan gegen den unerlaubten Handel mit Feuerwaffen \(2020 - 2025\) vom 24.07.2020](#)

KATASTROPHENSCHUTZ

ENVI-Ausschuss für Stärkung des EU-Katastrophenschutzes

Der federführend zuständige ENVI-Ausschuss des Europäischen Parlaments (EP) (Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit) verabschiedete am 03.09.2020 mit großer Mehrheit einen Bericht zum Vorschlag der EU-Kommission zur Überarbeitung des EU-Katastrophenschutzverfahrens vom 02.06.2020 (EB 10/2020). Darin befürworten die Ausschussmitglieder ein Katastrophenschutzverfahren, das besser auf großflächige, mehrere oder alle Mitgliedstaaten betreffende Notfälle wie die Corona-Pandemie reagieren könne. Dazu müsse die Kommission insbesondere über eigene Mittel verfügen, um Mitgliedstaaten zu unterstützen, wenn deren nationale Kapazitäten auch aufgrund eigener Krisenbetroffenheit ausgeschöpft seien.

Das EP wird den Bericht in der Plenarsitzung vom 14.09.2020 behandeln, um seinen Standpunkt in erster Lesung festzulegen und sodann auf dieser Grundlage die Verhandlungen mit dem Rat zu beginnen.

[Pressemitteilung des EP vom 03.09.2020](#) (in englischer Sprache)

[Entwurf einer legislativen Entschließung des ENVI-Ausschusses vom 07.09.2020](#) (in englischer Sprache)

ASYL UND MIGRATION

EU-Kommissionspräsidentin sagt Unterstützung anlässlich des Großbrands im Flüchtlingslager Moria zu

Nach dem Brand im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos in der Nacht zum 09.09.2020, der zur Obdachlosigkeit von rund 12.000 dort untergebrachten Migrant*innen führte, hat EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen am 09.09.2020 per Twitter schnelle Hilfe zugesagt. Im LIBE-Ausschuss des



Europäischen Parlaments berichtete EU-Kommissarin *Johansson* am 10.09.2020, dass die im Flüchtlingslager verbliebenen 400 von ursprünglich 1.200 unbegleiteten Minderjährigen mittlerweile auf das griechische Festland verbracht worden seien. Die Kommission sei außerdem bereit, Griechenland über das EU-Katastrophenschutzverfahren zu unterstützen.

[Pressemitteilung der Vertretung der Kommission in Deutschland vom 09.09.2020](#)

Erster EASO-Bericht zum Herkunftsland Venezuela

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen EASO hat im August 2020 seinen ersten Bericht zum Herkunftsland Venezuela (sog. Country of Origin Information = COI-Report) veröffentlicht.

Die dramatische Verschlechterung der dortigen politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Situation führte zu einer Massenauswanderung von über vier Mio. Venezolanern seit 2015 (bis Juni 2019), darunter über 100.000, die in der EU+ Asyl beantragt haben, wobei die Mehrheit der Migranten Zuflucht in Kolumbien (Hauptaufnahmeland), Peru, Chile, Ecuador und Brasilien sucht. Bis Juni 2020 stieg die Zahl venezolanischer Migranten sogar auf über 5 Mio.

Asylanträge seitens venezolanischer Staatsangehöriger in der EU+ sind von 105 im Jahre 2013 auf rund 45.700 im Jahre 2019 angestiegen. Im Jahre 2019 wurde Venezuela zum dritt wichtigsten Herkunftsland innerhalb der EU+ (nach Syrien und Afghanistan). Rund 90 % aller venezolanischen Anträge werden in Spanien gestellt.

Der EASO-Bericht soll die inhaltliche Überprüfung von Anträgen auf internationalen Schutz erleichtern.

[Pressemitteilung EASO vom 03.09.2020](#) (in englischer Sprache)

[Country of Origin Information Report Venezuela](#) (in englischer Sprache)

CYBERSICHERHEIT

Erstmals Sanktionen der EU als Reaktion auf Cyberangriffe

Am 30.07.2020 verhängte der Rat erstmals restriktive Maßnahmen gegen sechs Personen und drei Einrichtungen, die für verschiedene Cyberangriffe verantwortlich sind oder daran beteiligt waren. Dazu gehört auch der als „WannaCry“ bekannte Angriff. Die Sanktionen bestehen u. a. in einem Reiseverbot und im Einfrieren von Vermögenswerten. Die Möglichkeit, Sanktionen zu verhängen, wird abgeleitet aus dem sog. EU-Instrumentarium für die Cyberdiplomatie, das den Rahmen für eine gemeinsame diplomatische Reaktion der EU auf böswillige Cyberaktivitäten festlegt.

[Pressemitteilung des Rates vom 30.07.2020](#)



TERRORISMUS UND ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

Evaluationsbericht der EU-Kommission zur Richtlinie über die Verwendung von Fluggastdaten (PNR-Richtlinie)

Am 24.07.2020 veröffentlichte die Kommission einen Bericht zur Evaluierung der ersten zwei Jahre des Bestehens der Richtlinie über die Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR-Daten) zur Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität (PNR-Richtlinie). Sie kam damit ihrer Verpflichtung aus Art. 19 der PNR-Richtlinie nach.

Demnach habe die Verarbeitung von PNR-Daten bereits einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität geleistet, was Hauptziel der PNR-Richtlinie sei. Mehrere Mitgliedstaaten haben im Vorfeld der Evaluierung darauf hingewiesen, dass die Verwendung von PNR-Daten aber auch ein wertvolles Instrument zur Verhinderung der Ausbreitung von Infektionsrisiken darstellen könnte.

Die meisten Mitgliedstaaten haben, so der Evaluationsbericht, Passenger Information Units etabliert, die PNR-Daten sammeln und verarbeiten. Die Kommission würdigt in ihrem Bericht auch die Anstrengungen der Mitgliedstaaten und ihrer nationalen Behörden, datenschutzrechtliche Vorgaben einzuhalten.

Die Kommission wird die Umsetzung der Richtlinie weiterhin beobachten, Änderungen an der PNR-Richtlinie seien derzeit nicht veranlasst. Der Bericht wurde an das Europäische Parlament und den Rat weitergeleitet.

[Bericht der Kommission über die Überprüfung der PNR-Richtlinie vom 24.07.2020](#)

INTEGRATION

Kommission, Wirtschafts- und Sozialpartner erneuern Europäische Integrationspartnerschaft

Die EU-Kommission, Gewerkschaften, Handelskammern und Arbeitgeberverbände haben am 07.09.2020 ihr Bekenntnis zur Zusammenarbeit bei der Integration von Migranten und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt im Rahmen der seit Dezember 2017 bestehenden Europäischen Integrationspartnerschaft erneuert. Schwerpunktbereiche der weiteren Zusammenarbeit sollen künftig sein:

1. Verbindungen zwischen den Interessenträgern in Wirtschaft und Gesellschaft fördern,
2. Unternehmen stärker unterstützen,
3. Kompetenzermittlung, -bewertung und -validierung erleichtern.

Ebenso soll geprüft werden, wie der interinstitutionelle Dialog und die Zusammenarbeit künftig auch auf den Bereich der Arbeitsmigration ausgeweitet werden kann (im Einklang mit den Zielen des neuen, mittlerweile für den 30.09.2020 angekündigten Migrations- und Asylpaktes). Siehe hierzu auch die Beiträge des StMWi sowie StMAS in diesem EB.

[Pressemitteilung der Kommission vom 07.09.2020](#)

[Gemeinsame Erklärung](#) (in englischer Sprache)



LIBE-Ausschuss fordert Legislativmaßnahmen zur Verbesserung der Integration von Roma

Der LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments (EP) nahm am 03.09.2020 mehrheitlich einen Berichtsentwurf an, mit dem die EU und ihre Mitgliedstaaten aufgefordert werden, strukturelle Roma-Feindlichkeit und Antiziganismus zu bekämpfen und gleichberechtigten Zugang der Roma zu Wohnraum, Bildung, Gesundheitsversorgung und Arbeit zu ermöglichen. Die Coronakrise habe, so der Bericht, die prekäre sozioökonomische Situation und rassistische Diskriminierung der Roma sogar noch verschärft. Insbesondere die EU-Kommission wird dazu aufgerufen, einen entsprechenden Legislativvorschlag zur gleichberechtigten Partizipation der Roma und zur Bekämpfung von Antiziganismus zu erarbeiten.

Das Plenum des EP muss dem Entschließungsantrag des Ausschusses noch zustimmen. Eine Befassung ist für den 06.10.2020 vorgesehen.

[Pressemitteilung des LIBE-Ausschusses vom 04.09.2020](#) (in englischer Sprache)

[Report on the implementation of National Roma Integration Strategies: combating negative attitudes towards people with Romani background in Europe](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

COVID-19

Rat einigt sich auf gemeinsame Hygienevorschriften für den Verkehrssektor

Am 24.07.2020 hat der Rat Schlussfolgerungen zu gemeinsamen Hygienevorschriften im grenzüberschreitenden öffentlichen Personenverkehr angenommen. Darin werden eine Reihe von Hygiene- und Infektionskontrollmaßnahmen befürwortet, wie die Einhaltung eines physischen Mindestabstands, das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes in Verkehrsmitteln, die verstärkte Nutzung digitaler Fahrkarten, die Einhaltung hoher Standards bei der Frischluftzirkulation und der Reinigung von Verkehrsmitteln sowie die Bereitstellung von Hygieneinformationen. Ferner betont der Rat die Bedeutung der Informationsplattform „Re-open EU“ sowie die Entwicklung eines EU-weiten Kontaktverfolgungs- und Warnsystems. Zudem ersucht der Rat die Kommission bei der grenzüberschreitenden Umsetzung der gemeinsamen Hygienevorschriften weiterhin zu unterstützen. Diese waren auch Thema des Luftverkehrsgipfels 2020 unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft (siehe weiteren Beitrag in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Schlussfolgerungen des Rates](#) (in englischer Sprache)

[Hygieneempfehlungen für den Luftverkehr](#) (in englischer Sprache)

[Hygieneempfehlungen für den Schiffsverkehr](#) (in englischer Sprache)

[Hygieneempfehlungen für den Schienenverkehr](#) (in englischer Sprache)

Kommission genehmigt deutsche Beihilfe in Höhe von 6 Mrd. € für coronageschädigte Verkehrsunternehmen

Die Kommission hat am 07.08.2020 eine deutsche Beihilfe über 6 Mrd. € zur Unterstützung von durch die Corona-Krise geschädigten Unternehmen des öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs genehmigt (siehe Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission genehmigt deutsche Beihilferegung für Flughäfen

Die Kommission hat am 11.08.2020 eine deutsche Beihilferegung zur Unterstützung von Flughäfen, die von der Corona-Krise betroffen sind, genehmigt (siehe Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)



VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Kommission veröffentlicht Fortschrittsbericht zur Umsetzung der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V)

Am 26.08.2020 hat die Kommission ihren Fortschrittsbericht zur Umsetzung der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) veröffentlicht. Im Berichtszeitraum 2016 und 2017 wurden mehr als 91 Mrd. € in das TEN-V-Netzwerk investiert (73 % aus nationalen Mitteln), wovon maßgeblich die Schieneninfrastruktur profitierte.

Die Ziele für die Schiene wurden beispielsweise hinsichtlich der Elektrifizierung zu 89 % erreicht, während die Einführung des Eisenbahnverkehrsmanagementsystems (ERTMS) mit 11 % noch im Rückstand ist. Bei der Umsetzung des Schnellstraßennetzes wurden 100 % und beim Ausbau der Binnenwasserstraßen bis zu 98 % der Kriterien erfüllt. Ausnahmen bestehen noch bei der Befahrbarkeit auf Teilstrecken auf der Donau. Ferner sind inzwischen 89 % der Seehäfen an die Schiene angebunden, während die Schienenanbindung der Flughäfen mit 67 % weiter ausgebaut werden soll.

Die Koordinatoren der TEN-V-Korridore beabsichtigen zeitnah aktualisierte Arbeitspläne für die Vollendung des Kernnetzes bis 2030 vorzulegen. Aktuell befinden sich mehr als 2.500 Projekte in der Vorbereitung. Zudem sollen die Ergebnisse des Fortschrittsberichts in die Evaluierung der Verordnung (EU) Nr. 1315/2013 über die Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes eingehen. Eine mögliche Überarbeitung der TEN-V-Verordnung könnte im Jahr 2021 erfolgen.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[TEN-V-Fortschrittsbericht](#) (in englischer Sprache)

[TEN-V-Verordnung \(EU\) Nr. 1315/2013](#)

ZULASSUNGSRECHT

Verordnung über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen tritt in Kraft

Am 01.09.2020 ist die Verordnung (EU) 2018/858 über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen in Kraft getreten. Bereits am 22.05.2018 hatte der Rat die neue Verordnung angenommen (EB 10/18).

Mit den nun geltenden Vorschriften werden nationale Typgenehmigungsbehörden einer gegenseitigen Begutachtung unterzogen sowie die Technischen Dienste, welche die Fahrzeugprüfung im Rahmen der Typgenehmigung durchführen, von unabhängigen Stellen strenger geprüft. Zudem sind die Mitgliedstaaten zur regelmäßigen Prüfung einer Mindestzahl von Fahrzeugen verpflichtet, die sich bereits auf dem Markt befinden, und können bei Bedarf unmittelbar Schutzmaßnahmen gegen nicht konforme Fahrzeuge ergreifen. Darüber hinaus kann die Kommission erstmals selbst Konformitätsprüfungen durch die Gemeinsame Forschungsstelle (JRC) durchführen und bei Verstößen EU-weite Rückrufe anordnen und Sanktionen i. H. v. bis zu 30.000 € pro Fahrzeug verhängen.



Die neue Verordnung sieht auch eine Änderung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen vor, die aktuell noch überarbeitet wird. Nach dem Willen des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments (EP) soll es ab dem 01.10.2022 zusätzlich keine Messtoleranzen mehr geben (EB 13/20). Nach Festlegung des Standpunkts des EP können die Verhandlungen mit dem Rat beginnen und voraussichtlich noch unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft bis Ende 2020 abgeschlossen werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Verordnung \(EU\) 2018/858](#)

LUFTVERKEHR

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft veranstaltet Luftverkehrsgipfel 2020

Am 23.07.2020 fand unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft der Luftverkehrsgipfel 2020 statt. An der virtuellen Veranstaltung nahmen neben den EU-Verkehrsministern rund 250 Industrie- und Verbandsvertreter teil. Als unverbindlichen Beschluss einigten sich die EU-Verkehrsminister auf einheitliche Standards für den Gesundheitsschutz an Flughäfen und in Flugzeugen, darunter eine Maskenpflicht für alle Passagiere ab dem sechsten Lebensjahr, Mindestabstände beim Check-In und bei der Sicherheitskontrolle, eine hohe Frischluftquote in Flugzeugen und die Bereitstellung von mehrsprachigen Informationen.

Die Verkehrsflughäfen forderten mehr finanzielle Unterstützung und einen Zugang zu KfW-Hilfskrediten bzw. Geldern des Wirtschaftsstabilisierungsfonds. Die Fluggesellschaften möchten hingegen eine Verlängerung der Aussetzung der EU-Vorschriften zu den Start- und Landerechten. Nach Ablauf der Ausnahmeregelung im Oktober 2020 müssten diese wieder mindestens vier Fünftel der in den Flugplänen festgelegten Flugverbindungen mit Starts und Landungen bedienen, um die Rechte in der folgenden Saison behalten zu dürfen.

Darüber hinaus verwiesen die Fluggesellschaften auf Wettbewerbsnachteile durch den EU-Emissionshandel (ETS). In den Handel sind derzeit auch innereuropäische Zubringerflüge zu großen Verkehrsflughäfen einbezogen. Demgegenüber unterliegen diese zu Drehkreuzen im nahen EU-Ausland nicht dem ETS. Die Kommission plant aktuell eine weitere Reduzierung der Zahl kostenloser Emissionszertifikate.

Die Ergebnisse des Luftverkehrsgipfels sollen in den „New Mobility Approach“ des BMVI einfließen, um Impulse für die Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität zu geben, die voraussichtlich im vierten Quartal 2020 von der Kommission vorgelegt wird.

[Pressemitteilung des BMVI](#)



LUFTVERKEHR

Kommission leitet Konsultation zur Entwicklung alternativer Kraftstoffe im Luftverkehr ein

Vom 05.08.2020 - 28.10.2020 hat die Kommission eine Konsultation zur Entwicklung alternativer Kraftstoffe im Luftverkehr eingeleitet. Bereits am 24.03.2020 wurde eine entsprechende Befragung zum Fahrplan der Kommission durchgeführt (EB 06/20). Ziel der Initiative ist es, das Angebot von nachhaltigen Flugtreibstoffen zu steigern, die erst einen Anteil von nur 0,05 % ausmachen. Im Sinne des „Green Deals“ sollen alternative Kraftstoffe zur Reduzierung der CO₂-Emissionen im Luftverkehr beitragen. Die Kommission möchte einen Vorschlag für eine Verordnung im vierten Quartal 2020 vorlegen (siehe Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Veröffentlichung der Kommission](#)

Kommission leitet Konsultation zur Zeitnischenregelung auf Flughäfen ein

Vom 31.08.2020 - 28.09.2020 hat die Kommission eine Befragung zur Zeitnischenregelung auf Flughäfen eingeleitet. Bereits am 30.03.2020 hatte der Rat im Zuge der COVID-19-Krise die Aussetzung der Regeln für Zeitnischen auf Flughäfen verabschiedet (EB 06/20). Die EU setzte damit die Zeitnischenregelung auf Flughäfen vom 01.03.2020 - 24.10.2020 aus, aufgrund derer die Fluggesellschaften dazu verpflichtet sind, mindestens 80 % ihrer Zeitnischen für Starts und Landungen zu bedienen, um sie für das folgende Jahr behalten zu dürfen („use it or lose it“-Regel). Der Fahrplan der Kommission geht davon aus, dass der Luftverkehr im Februar 2021 bis zu 25 % unter dem Niveau vom Februar 2020 liegen wird. Daher soll diese Ausnahmeregelung weiter verlängert werden. Ein entsprechender Verordnungsvorschlag der Kommission ist für viertes Quartal 2020 geplant.

[Veröffentlichung der Kommission](#)

Kommission leitet Konsultation zum Flugverkehrsmanagement ein

Vom 17.08.2020 - 14.09.2020 hat die Kommission eine Konsultation zum Flugverkehrsmanagement eingeleitet. Der Entwurf der Durchführungsverordnung sieht die Umsetzung technischer Lösungen zur Verbesserung des Flugverkehrsmanagements vor, die im Rahmen eines SESAR-Forschungsprojektes entwickelt wurden. Ziel ist es, die CO₂-Emissionen zu reduzieren, die Sicherheit zu erhöhen, mehr Direktflüge anzubieten und die Reisezeiten zu verkürzen. Mit der Verordnung sollen die technischen Lösungen als Standards festgelegt werden, die von Fluggesellschaften, Flughäfen und Fluglotsen bis zum 31.12.2027 umgesetzt werden müssen. Die Kommission möchte die Durchführungsverordnung im vierten Quartal 2020 annehmen.

[Veröffentlichung der Kommission](#)



SCHIFFSVERKEHR

EU-Ratspräsidentschaft veranstaltet Ministerkonferenz zu „Greening Shipping“

Am 08.09.2020 hat die deutsche EU-Ratspräsidentschaft eine Ministerkonferenz zu „Greening Shipping“ in Hamburg veranstaltet. Im Mittelpunkt stand die Umsetzung der Ziele des „Green Deals“ für den Schiffsverkehr. Dabei wird der Treibstoff der Schiffe eine zentrale Rolle spielen. Aktuell sei verflüssigtes Erdgas (LNG) eine umweltfreundliche Wahl für die heutige Beschaffung neuer Schiffe, aber auch synthetische Kraftstoffe und Wasserstoff sollen weiter erforscht werden. Die Kommission beabsichtigt einen legislativen Vorschlag zu nachhaltigen Schiffskraftstoffen („FuelEU Maritime“) im vierten Quartal 2020 vorzulegen. Der nächste formelle Rat der EU-Verkehrsminister wird am 28.09.2020 mit dem Schwerpunkt Digitalisierung des Schienenverkehrs in Brüssel stattfinden.

[Pressemitteilung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft](#)

[Pressemitteilung des BMVI](#)

BINNENSCHIFFFAHRT

Kommission veröffentlicht Studie zur digitalen Vernetzung der Binnenschifffahrt

Am 24.07.2020 hat die Kommission eine Studie zur digitalen Vernetzung der Binnenschifffahrt veröffentlicht. Als zentrale Herausforderungen beschreibt diese die Entwicklung eines effizienten Transportmanagementsystems, die verkehrsträgerübergreifende Integration der Binnenschifffahrt und den Abbau von administrativen Hürden. Die Kommission schlägt die Vernetzung der Binnenschifffahrt mit der Plattform für den Austausch maritimer Daten („SafeSeaNet“) vor, um ein zentrales Informationssystem aufbauen zu können. Dies soll auch die Harmonisierung und Digitalisierung des Dokumentenaustausches („European Maritime Single Window“) umfassen. Aufbauend auf den Vorschriften der Richtlinie 2010/40/EU zur Einführung intelligenter Verkehrssysteme könnte das System auch den Ausgangspunkt für die Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern darstellen. Damit ließen sich administrative Hürden im gesamten Logistikprozess abbauen und Doppelstrukturen vermeiden.

[Studie der Kommission](#) (in englischer Sprache)

BAUEN UND WOHNEN

Kommission leitet Konsultation zur Bauproduktenverordnung ein

Vom 04.09.2020 - 25.12.2020 hat die Kommission eine Konsultation zur Überarbeitung der Bauproduktenverordnung eingeleitet. Bereits vom 17.06.2020 - 19.08.2020 führte die Kommission eine Befragung zum Fahrplan durch (EB 11/20). Nach den Ergebnissen der vorhergehenden Konsultation vom 18.10.2018 hatten sich 60 % der 641 Befragten für eine Anpassung der bestehenden Bauproduktenverordnung ausgesprochen. Zwischenzeitlich hat sich die Kommission im „Green Deal“ auf eine Überarbeitung festgelegt.



Aufgrund behaupteter systematischer Mängel in der europäischen Normung (CEN) soll zudem der Gesamtbestand bautechnischer EU-Normen unter Einbindung der Mitgliedstaaten überarbeitet werden. Mit einer Vorlage des Vorschlags zur Novellierung der Bauproduktenverordnung wird aktuell nicht mehr vor dem dritten Quartal 2021 gerechnet.

[Veröffentlichung der Kommission](#)

[Hintergrundinformationen zur „Renovierungswelle“](#) (in englischer Sprache)

Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für Juni 2020

Am 20.08.2020 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) Zahlen zur saisonbereinigten Produktion im Baugewerbe für Juni 2020 veröffentlicht (EB 13/20). Danach sank diese in der EU-27 gegenüber Juni 2019 um -5,8 %. Die Bautätigkeit sank im Hochbau um -6,2 % und im Tiefbau um -3,2 %. Die größten Zuwächse der Produktion im Baugewerbe wurden in Rumänien (+6,9 %), Deutschland (+1,4 %) und Finnland (+1,2 %) verzeichnet. Die stärksten Rückgänge gab es in der Slowakei (-17,8 %), Ungarn (-15,7 %) und Slowenien (-15,3 %).

[Pressemitteilung von Eurostat](#)



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

EU-Strategie zur wirksameren Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern

Am 24.07.2020 stellte die Kommission ihre Strategie zur wirksameren Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern vor. Diese ist Teil der neuen EU-Strategie für die Sicherheitsunion 2020 - 2025 (siehe hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).

Nach Schätzung des Europarats wird in Europa jedes fünfte Kind Opfer von sexueller Gewalt. Die Verbreitung von Missbrauchsbildern im Internet nahm zudem durch die COVID-19 Pandemie zu. Vor diesem Hintergrund stellte die Kommission eine Reihe von Initiativen für 2020 - 2025, die u. a. auf Folgendes abzielen:

- Errichtung eines Europäischen Zentrums zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern;
- Errichtung eines Präventionsnetzes;
- Vollständige Umsetzung der im Jahr 2011 angenommenen Richtlinie 2011/93/EU;
- Meldepflicht von Anbietern von Online-Diensten an Behörden (2. Quartal 2021);
- Einrichtung eines Innovationszentrums bei Europol.

[EU-Strategie zur wirksameren Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern](#)

[Pressemitteilung der Kommission vom 24.07.2020](#)

Ernennung der Europäischen Staatsanwälte

Der Rat ernannte am 27.07.2020 die insgesamt 22 Europäischen Staatsanwälte, die gemeinsam mit der Europäischen Generalstaatsanwältin *Laura Codruța Kövesi* das Kollegium der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTa) mit Sitz in Luxemburg bilden werden. Der Beschluss trat am 29.07.2020 in Kraft. Für Deutschland wurde *Andrés Ritter* ernannt, derzeit Leitender Oberstaatsanwalt in Rostock. Die Ernennung war möglich geworden, nachdem für Malta eine Ausnahmeregelung geschaffen und aktiviert wurde, nach der ein Mitgliedstaat unter engen Voraussetzungen nur zwei Kandidaten nominieren kann. Im Übrigen benannte jeder teilnehmende Mitgliedstaat drei Kandidaten. Diese müssen aktive Mitglieder der Staatsanwaltschaft oder der Richterschaft des betreffenden Mitgliedstaates sein. Die EUSTa ist als unabhängige europäische Behörde zuständig für die strafrechtliche Ermittlung, Verfolgung sowie Anklageerhebung bei Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU. Sie soll Ende dieses Jahrs ihre Tätigkeit aufnehmen. Schweden, Dänemark, Irland, Polen und Ungarn nehmen nicht an der EUSTa teil (EB 06/20).

[Pressemitteilung des Rats vom 27.07.2020](#)

[Durchführungsbeschluss zur Ernennung der Europäischen Staatsanwälte](#)

[Veröffentlichung im Amtsblatt am 29.07.2020](#) (in englischer Sprache)

[Infografik zu den Europäischen Staatsanwälten](#) (in englischer Sprache)



[Weitere Informationen zur EUStA](#)

Folgenabschätzung zur nachhaltigen Unternehmensführung

Die Kommission veröffentlichte am 30.07.2020 eine Folgenabschätzung für einen Richtlinienvorschlag zur Verbesserung des EU-Rechtsrahmens für Gesellschaftsrecht und „Corporate Governance“. Ziel sei, Unternehmen dabei zu unterstützen, sich auf eine langfristige und nachhaltige Wertschöpfung anstelle von kurzfristigen Vorteilen zu konzentrieren (siehe auch Beitrag des StMWi in diesem EB). Die Kommission plant hierzu im September 2020 öffentliche Konsultationen zu starten. Die Vorlage einer Richtlinie ist im ersten Quartal 2021 geplant. Rückmeldungen zur Folgenabschätzung sind bis 08.10.2020 möglich. Bereits im Februar 2020 bzw. im Juli 2020 wurden zwei von der Kommission in Auftrag gegebene Studien veröffentlicht, die sich mit Sorgfaltspflichten in der Lieferkette bzw. mit den Pflichten der Geschäftsführer und nachhaltiger Unternehmensführung befassen. Die Ergebnisse der Studien werden ebenfalls in die Überlegungen der Kommission mit einfließen.

[Zur Initiative der Kommission](#) (über Auswahl in deutscher Sprache verfügbar)

[Study on due diligence requirements through the supply chain](#) (in englischer Sprache)

[Study on directors' duties and sustainable corporate governance](#) (in englischer Sprache)

Fahrplan zur Digitalisierung der Justiz

Am 30.07.2020 veröffentlichte die Kommission einen Fahrplan zur Digitalisierung der Justiz in der EU. Demnach plant die Kommission im vierten Quartal 2020 eine Mitteilung zu dem Thema zu veröffentlichen. In deren Mittelpunkt soll die Digitalisierung der grenzüberschreitenden justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen, der Zugang zur Justiz bei grenzüberschreitenden Verfahren in Zivilsachen sowie die Digitalisierung der Zusammenarbeit zwischen den Organen, Agenturen und Einrichtungen der EU in Strafsachen stehen. Rückmeldungen sind bis 24.09.2020 möglich.

[Zur Initiative der Kommission](#) (über Auswahl in deutscher Sprache verfügbar)

Öffentliche Konsultation zur EU-Strategie für die Rechte des Kindes (2021 - 2024)

Die Kommission startete am 01.09.2020 eine öffentliche Konsultation zur EU-Strategie für die Rechte des Kindes (2021 - 2024). Rückmeldungen sind bis 08.12.2020 möglich (siehe auch Beitrag des StMAS in diesem EB). Die Strategie soll eine Liste von Maßnahmen enthalten, die die Kommission im Laufe ihres Mandats durchführen will, sowie Empfehlungen für Maßnahmen anderer EU-Institutionen, Mitgliedstaaten und Interessenvertreter. Dazu gehören Maßnahmen in folgenden Bereichen:

- Rechte der schutzbedürftigsten Kinder;
- Kinderrechte im digitalen Zeitalter;



- Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder;
- Förderung einer kinderfreundlichen Justiz.

[Zur Konsultation](#) (über Auswahl auch in deutscher Sprache verfügbar)

Öffentliche Konsultation zum Europäischen Vollstreckungstitel

Am 07.08.2020 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Verordnung (EG) Nr. 805/2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen („EVT-Verordnung“). Die EVT-Verordnung gilt nur für Fälle, in denen die betreffende Partei der Zahlung eines Geldbetrags nicht widersprochen hat. Die Kommission möchte Stellungnahmen zur Funktionsweise der Verordnung einholen, insbesondere auch im Hinblick auf die überarbeitete Brüssel-I-Verordnung (Verordnung (EU) 1215/2012). Bis 20.11.2020 sind Rückmeldungen möglich.

[Zur Konsultation](#) (in englischer Sprache)

EuGH: Ernennung von drei Richtern und einem Generalanwalt

Am 02.09.2020 ernannten die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten den derzeitigen Präsidenten des EuGH, *Koen Lenaerts* (Belgien), bis 06.10.2027 erneut zum Richter. Bekannt gegeben wurde zudem die Ernennung von *Ineta Ziemele* (Lettland) und *Jan Passer* (Tschechische Republik) zur Richterin bzw. zum Richter des EuGH. Außerdem wurde nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU *Athanasios Rantos* (Griechenland) vom 07.09.2020 - 06.10.2021 zum Generalanwalt ernannt. Die Ernennung des neuen Generalanwalts wurde jedoch am 04.09.2020 auf entsprechenden Antrag der britischen Generalanwältin *Eleanor Sharpston* vom Gericht (Rs. T-550/20 R) einstweilen ausgesetzt. Die britische Generalanwältin wehrt sich gerichtlich gegen die vorzeitige Beendigung ihrer Amtszeit aufgrund des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU.

[Pressemitteilung des Rats vom 02.09.2020](#)

[Artikel des Verfassungsblogs vom 06.09.2020](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

FORSCHUNG

Europäischer Forschungsrat vergibt ERC Starting Grants 2020 – 16 Auszeichnungen gehen an bayerische Universitäten

Der Europäische Forschungsrat (ERC) hat am 03.09.2020 die diesjährigen Empfänger seiner renommierten Starting Grants bekannt gegeben. Mit diesen werden exzellente Forschungsprojekte von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern gefördert, die noch am Anfang ihrer wissenschaftlichen Karriere stehen. Dotiert ist die Auszeichnung mit jeweils bis zu 1,5 Mio. €. Insgesamt schüttet der ERC heuer 677 Mio. € an 436 Personen aus, die aus 3.272 Bewerbungen ausgewählt wurden. Deutschland ist vor dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden das erfolgreichste Land mit 88 Ausgezeichneten, von denen 16 an bayerischen Universitäten forschen. Jeweils fünf kommen von der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Technischen Universität München, drei von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, zwei von der Julius-Maximilians-Universität Würzburg sowie ein junger Forscher von der Universität Regensburg.

[Pressemitteilung des ERC \(in englischer Sprache\)](#)

[Liste der Ausgezeichneten \(in englischer Sprache\)](#)

KULTUR

Creative Europe Monitoring Report 2019 veröffentlicht

Die Kommission hat am 02.09.2020 den Monitoring Report für das Kulturförderprogramm Kreatives Europa für das Jahr 2019 veröffentlicht. Der Bericht beschreibt auf 94 Seiten ausführlich, wie das Programm in den Unterprogrammen Kultur, MEDIA und dem sektorübergreifenden Bereich im Jahr 2019 umgesetzt wurde, er streicht die wichtigsten Errungenschaften heraus und illustriert einige herausragende Kooperationsprojekte. Enthalten sind auch ausführliche statistische Angaben. Demnach wurde das Budget von 190 Mio. € vollumfänglich ausgereicht und damit 1.375 Projekte gefördert.

[Meldung der Kommission \(in englischer Sprache\)](#)

[Volltext des Creative Europe Monitoring Report 2019 \(in englischer Sprache\)](#)

Gemeinsame Forschungsstelle (JRC) der Kommission veröffentlicht Bericht zu den Auswirkungen der Corona-Krise in europäischen Städten mit hohem kulturellen Potential

In dem Bericht „European Cultural and Creative Cities in COVID-19 times - Jobs at risk and the policy response“ untersucht die Gemeinsame Forschungsstelle (Joint Research Centre, JRC) der Kommission die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Arbeitsmarktsituation im Kultur- und Kreativsektor (KKS) in europäischen Städten mit



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 14/2020 vom 11.09.2020



hohem kulturellen Potential. Grundlage der Untersuchung sind die Top 30 % der 190 Städte, deren kulturelles Potential im „Cultural and Creative Cities Monitor 2019“ bewertet wurde (EB 18/19). In Bayern gehören München und Nürnberg dazu. Unter anderem widmet sich der Bericht der Frage, welches die verletzlichsten Bereiche des KKS sind und welche Lehren aus der Krise für künftige politische Maßnahmen gezogen werden können, um die Kultur- und Kreativbranche langfristig resilienter zu machen.

[Volltext des Berichts \(in englischer Sprache\)](#)



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Finanzierung von Kurzarbeit: Kommission schlägt Darlehen von 87 Mrd. € an 16 Mitgliedstaaten vor

Am 24./25.08.2020 schlug die Kommission dem Rat im Rahmen des neuen Kreditprogramms zur Finanzierung von Kurzarbeit (Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency, SURE) die Unterstützung von 16 Mitgliedstaaten mit insgesamt 87,3 Mrd. € vor. Die Billigung der Kommissionsvorschläge durch den Rat ist erforderlich, um die Darlehen zu gewähren. SURE ist neben der Kreditlinie des Europäischen Stabilitätsmechanismus über max. 240 Mrd. € und dem Garantiefonds der Europäischen Investitionsbank für Unternehmen über 25 Mrd. € eine der drei Kernmaßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Pandemiefolgen, die die Euro-Gruppe am 09.04.2020 vereinbart hatte (EB 07/20). Die 16 Mitgliedstaaten sollen über SURE günstige Darlehen der EU erhalten und so den plötzlichen Anstieg der öffentlichen Ausgaben durch ihre nationalen Maßnahmen zur Beschäftigungserhaltung besser bewältigen können. Konkret sollen sie die unmittelbaren Finanzierungskosten von Kurzarbeitsregelungen und ähnlichen Maßnahmen, z. B. für Selbstständige, decken können, die sie in Reaktion auf die Coronavirus-Pandemie ab 01.02.2020 ergriffen haben. Auf die Anträge der jeweiligen Mitgliedstaaten schlug die Kommission dem Rat nun u. a. vor, dass Italien 27,4 Mrd. €, Spanien 21,3 Mrd. € und Polen 11,2 Mrd. € erhalten sollen. Den Antrag Ungarns auf einen Kredit prüft die Kommission noch. Deutschland hat keinen Antrag gestellt.

[Pressemitteilung der Kommission zum SURE-Unterstützungsvorschlag vom 24.08.2020](#)

[Kommissionsvorschläge für SURE-Beschlüsse des Rates zu den einzelnen Mitgliedstaaten](#) (in englischer Sprache)

[Fragen und Antworten der Kommission zu ihrem Vorschlag für das SURE-Programm vom 02.04.2020](#)

Bundesfinanzminister *Olaf Scholz* diskutiert Prioritäten des deutschen Ratsvorsitzes mit Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments

Am 02.09.2020 tagte der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments (EP). Auf der Tagesordnung stand u. a. der wirtschaftspolitische Dialog mit Bundesfinanzminister (BMF) und Vizekanzler *Olaf Scholz*. Dieser erklärte, die wirtschaftliche Lage sei ernst und warnte, die Pandemiefolgen könnten die EU-Mitgliedstaaten spalten. Es sei daher wichtig, dass Europa den Weg der Solidarität eingeschlagen habe, indem es die EU-Haushaltsregeln eingefroren und ein Aufbaupaket auf Basis gemeinsamer Schulden beschlossen habe. Jedoch ist laut BMF *Scholz* wegen der aktuell sehr expansiven Politik in Jahren des Überflusses ernsthaftes Management erforderlich, um Mittel für Krisenzeiten zur Seite zu legen. Er forderte, bis zum Ende des deutschen Ratsvorsitzes am 31.12.2020 alle Gesetze zum Wiederaufbaupaket zu verabschieden. Damit könnten ab Anfang 2021 die ersten Zuschüsse an die Mitgliedstaaten vergeben werden. Im Bereich Steuern sprach sich BMF *Scholz* erneut für eine Finanztransaktionsteuer auf EU-Ebene aus; auch die Besteuerung der digitalen Wirtschaft und eine internationale Mindestbesteuerung von Unternehmen seien nach wie vor äußerst dringende Themen. Auch bei



der Bekämpfung von Geldwäsche sind laut BMF *Scholz* weitere Fortschritte notwendig, etwa eine bessere, effiziente Aufsichtsstruktur auf EU-Ebene. MdEP *Markus Ferber* (CSU, Deutschland) bemängelte die „maue“ Bilanz des deutschen Financial Intelligence Unit beim Zoll.

[Videoaufzeichnungen der ECON-Tagung am 02.09.2020](#)

[Sitzungsdokumente zur Tagung des ECON am 02.09.2020](#) (z. T. auch auf Deutsch aufrufbar)

[Briefing des EP zum wirtschaftspolitischen Dialog mit BMF *Scholz* vom 31.08.2020](#) (in englischer Sprache)

Jährliche Inflation im Euroraum sinkt im August unerwartet deutlich auf -0,2 %

Laut Schnellschätzung von Eurostat vom 01.09.2020 sank die jährliche Inflationsrate im Euroraum im August 2020 mit -0,2 %, nach 0,4 % im Juli. Die Inflationsrate war damit erstmals seit 2016 wieder negativ. Dabei hätten Lebensmittel, Alkohol und Tabak im August mit 1,7 % die höchste jährliche Rate aufgewiesen (Juli: 2,0 %), gefolgt von Dienstleistungen mit 0,7 % (Juli: 0,9 %) und Industriegütern ohne Energie mit -0,1 % (Juli: 1,6 %). Für Energie war die jährliche Inflation im Euroraum laut Eurostat mit -7,8 % nach wie vor deutlich negativ (Juli: -8,4 %). Für Deutschland schätzt Eurostat auf Basis des harmonisierten Verbraucherpreisindizes die jährliche Inflationsrate im August auf -0,1 % und die monatliche Rate auf -0,2 %. Die jährliche Inflation sei auf Zypern (-2,9 %) und in Griechenland (-2,1%) am niedrigsten gewesen, in der Slowakei (1,5 %) und Litauen (1,2 %) am höchsten. Eurostat weist darauf hin, die Datenerhebung sei in allen 19 Euro-Ländern von der Coronavirus-Krise beeinflusst worden. Volkswirte sind von diesem jüngsten Rückgang der Inflation beunruhigt und spekulieren über mögliche Reaktionen der Europäischen Zentralbank. Überwiegend wird davon ausgegangen, dass sie ihre Geldpolitik momentan nicht weiter lockern werde. Die italienische Großbank Unicredit wies darauf hin, ein Grund der niedrigen Inflation sei der verspätete Start des Sommerschlussverkaufs in Italien und Frankreich gewesen. Als weiterer Faktor wird die Mehrwertsteuersenkung in Deutschland diskutiert.

[Pressemitteilung von Eurostat zur jährlichen Inflation im August vom 01.09.2020](#)

Europäischer Rechnungshof fordert bessere Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen

In seinem Sonderbericht vom 03.09.2020 zum Europäischen Semester – dem Jahreszyklus finanz- und wirtschaftspolitischer Koordinierung der Mitgliedstaaten – stellt der Europäische Rechnungshof (ERH) fest, die länderspezifischen Empfehlungen würden zwar wichtige Aspekte ansprechen, müssten aber besser umgesetzt werden. Laut ERH analysierte die Kommission 2011 - 2018 die wirtschaftlichen Fortschritte der Mitgliedstaaten fundiert, koordinierte die langfristigen haushaltspolitischen EU-Ziele, so dass sechs von acht bis 2020 erreicht würden, und schlug dem Rat relevante länderspezifische Empfehlungen für die Mitgliedstaaten vor. Jedoch hätten die Mitgliedstaaten nur 26 % dieser Empfehlungen vollständig oder substantiell umgesetzt, während bei 44 % einige Fortschritte und bei 30 % begrenzte oder keine Fortschritte erzielt worden seien. Daher empfiehlt der ERH einen stärkeren Fokus dort, wo es langsam vorangehe – Armutsbekämpfung sowie Forschung und Entwicklung (FuE) –, strengere Überwachung der Umsetzung der Empfehlungen, engere Koppelung der EU-Förderung an sie und mehr schriftliches Feedback zu den nationalen Reformprogrammen. Zudem solle die



Kommission die Empfehlungen eindeutiger und fokussierter formulieren. Laut ERH sank die Zahl der in der EU von Armut bedrohten Menschen von 116 Mio. im Jahr 2008 auf 109 Mio. € im Jahr 2018, und die FuE-Ausgaben der EU als Ganzes stiegen auf 2,12 % des kombinierten BIP der Mitgliedstaaten.

[ERH-Sonderbericht 16/20 zum Europäischen Semester vom 03.09.2020](#)

EU-HAUSHALT

Jahreshaushalt 2021 der EU: EU-Botschafter nehmen Verhandlungsstandpunkt an und kürzen gegenüber Kommissionsvorschlag um knapp 4 Mrd. €

Am 09.09.2020 einigten sich die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten politisch auf den Standpunkt des Rates zum EU-Haushalt 2021. Danach soll sich der Haushalt des nächsten Jahres auf 162,9 Mrd. € an Verpflichtungsermächtigungen und 164,8 Mrd. € an Zahlungsermächtigungen belaufen. Nach dem Kommissionsvorschlag vom 24.06.2020 sollte der Jahreshaushalt 2021 166,7 Mrd. € an Verpflichtungsermächtigungen und 163,5 Mrd. € an Zahlungsermächtigungen umfassen. 2021 ist der erste Haushalt innerhalb der nächsten langfristigen Haushaltsplanung für 2021 - 2027. Sowohl nach Vorstellung des Rates als auch der Kommission sollen Maßnahmen zur Unterstützung des Wiederaufbaus infolge der Coronavirus-Pandemie den Jahreshaushalt 2021 ergänzen, die durch das geplante Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“ finanziert werden sollen. Laut Bundesfinanzminister *Olaf Scholz*, der bis 31.12.2020 dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister vorsitzt, wird der Haushalt 2021 der EU helfen, die Schäden durch die Coronavirus-Pandemie – die die EU-Gesellschaften und Volkswirtschaften schwer getroffen habe – anzugehen. Der Ratsstandpunkt stehe ganz im Einklang mit den Prioritäten, die die EU-Staats- und Regierungschefs am 21.07.2020 für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der Jahre 2021 - 2027 vereinbart hätten (EB 13/20). Er biete angemessene Mittel, um eine nachhaltige Erholung sowie die grüne und digitale Transformation der EU zu unterstützen.

[Pressemitteilung des Rates zur Einigung der EU-Botschafter vom 09.09.2020](#) (in englischer Sprache)

[Dokumente zum Ratsstandpunkt zum Haushaltsentwurf 2021 der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Schlussfolgerungen des Europäischen Rates der EU-Staats- und Regierungschefs vom 17. - 21.07.2020](#)

Europäisches Parlament bekräftigt Forderungen zur Verknüpfung von EU-Geldern mit der Achtung der Rechtsstaatlichkeit

In einem Schreiben an Bundeskanzlerin *Angela Merkel* und Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* vom 26.08.2020 forderte der Fraktionsvorsitzende der Christdemokraten im Europäischen Parlament (EP), MdEP *Manfred Weber* (EVP/DEU), gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten (S&D), der Liberalen (Renew Europe) und der Grünen/EFA ein ehrgeiziges Instrument, das die Mittel aus dem langfristigen EU-Haushalt für die Jahre 2021 - 2027 mit der Achtung der Rechtsstaatlichkeit verbindet. Die EU-Institutionen sollten unverzüglich die Beratungen über den diesbezüglichen Gesetzesvorschlag der Kommission von 2018



wiederaufnehmen. Eine Einigung über die vorgeschlagene Verordnung zum Schutz des EU-Haushalts im Fall allgemeiner Mängel der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten sei Voraussetzung für Fortschritte im Gesetzgebungsverfahren über den nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen (MFR). Insbesondere fordern die vier EP-Fraktionen im Rat die Abstimmung über mögliche Sanktionen mit umgekehrter qualifizierter Mehrheit – wie von der Kommission vorgeschlagen – und bedauern ausdrücklich, dass die EU-Staats- und Regierungschefs auf ihrem Sondergipfel vom 17.07.2020 - 21.07.2020 (EB 13/20) den ursprünglichen Text der Kommission abgeschwächt hätten. Die Verhandlungen zwischen Rat und EP über den MFR und Wiederaufbaufonds begannen am 27.08.2020 und blieben bislang ohne Einigung.

[Schreiben der Fraktionsvorsitzenden von EVP, S&D, Renew Europe und der Grünen/EFA](#) (in englischer Sprache)

Langfristiger EU-Haushalt ab 2021: Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments sieht „tiefe Kluft“ bei Verhandlungen und fordert klaren Zeitplan für neue EU-Einnahmequellen

Am 31.08.2020 und 01.09.2020 tagte der Haushaltsausschuss (BUDG) des Europäischen Parlaments (EP) in Brüssel. Auf der Tagesordnung standen u. a. Abstimmungen über den Vorschlag zum EU-Eigenmittelsystem. Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten sich u. a. hierzu bei ihrem Sondergipfel zum nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2021 - 2027 und dem Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“ (NGEU) im Juli geeinigt (EB 13/20). In seiner Stellungnahme zur Reform der EU-Einnahmequellen zugunsten der Finanzierung von NGEU fordert der Ausschuss einen klaren, verbindlichen Zeitplan und drängt er auf eine ehrgeizigere Reform als von den EU-Staats- und Regierungschefs vereinbart. Der BUDG debattierte auch darüber hinaus den Stand der Verhandlungen des EP mit dem deutschen Ratsvorsitz und der Kommission über das Gipfel-Ergebnis. Laut dem BUDG-Vorsitzenden *Johan Van Overtveldt* (EKR, Belgien), Mitglied des EP-Verhandlungsteams, gibt es eine „tiefe Kluft“ zwischen den Positionen von Rat und EP. Die Diskussion sei schwierig, denn das EP wolle eine wesentliche Verbesserung des Gipfel-Kompromisses – nicht nur bloße Erklärungen, die es „die Pille schlucken lassen“. Außerdem stellte Europa-Staatminister *Michael Roth*, Auswärtiges Amt, dem BUDG die Prioritäten des deutschen Ratsvorsitzes vor. Er unterstrich dabei u. a. den Paketcharakter des Gipfel-Kompromisses und die Dringlichkeit einer Einigung.

[Videoaufzeichnungen der BUDG-Tagung am 31.08.2020 und 01.09.2020](#)

[BUDG-Berichtsentwurf vom 09.07.2020 und Änderungsanträge zum Vorschlag für einen Ratsbeschluss über das EU-Eigenmittelsystem vom 20.07.2020](#)

[EP-Pressemitteilung zum Auftakt der Trilog-Verhandlungen vom 27.08.2020](#) (in englischer Sprache)

Coronavirus: Kommission schlägt weitere Aufstockung des EU-Haushalts 2020 um 6,2 Mrd. € vor

Am 28.08.2020 beschloss die Kommission ihren Entwurf eines weiteren Ergänzungshaushalts für das laufende Jahr 2020. Dieser sieht zusätzliche 6,2 Mrd. € an Zahlungsermächtigungen vor, um den Folgen der Coronavirus-Pandemie in der EU entgegenzuwirken. Damit lägen die Zahlungsermächtigungen des



EU-Haushalts 2020 bei 161,8 Mrd. €. Die Verpflichtungsermächtigungen sollen gegenüber dem letzten Berichtigungshaushalt unverändert bei 173,1 Mrd. € bleiben. Im Vergleich zu den 148,5 Mrd. € an Zahlungsermächtigungen 2019 wäre das eine Steigerung von knapp 9 %. Den nationalen Haushaltsbeitrag Deutschlands beziffert die Kommission für 2020 mit 28,9 Mrd. €, d. h. 20,9 % aller nationalen Beiträge. Konkret schlägt die Kommission zum einen 5,1 Mrd. € vor, um den zusätzlichen Bedarf an Kohäsionsmitteln im Jahr 2020 abzudecken. Dieser entstand aufgrund der Investitionsinitiative Plus zur Bewältigung der Coronavirus-Krise, die im April beschlossen worden war. Damit lägen die zahlbaren Fördergelder für wirtschaftliche, soziale und regionale Strukturpolitik 2020 bei 55,1 Mrd. €. Der Kommissionsentwurf enthält zudem eine Erhöhung um 1,1 Mrd. €, um zusätzlichen Bedarf für die Finanzierung der COVID-19-Impfstoffstrategie durch das EU-Soforthilfeinstrument zu decken. Bereits im Juli war eine Aufstockung um 140 Mio. € genehmigt worden. Für die Haushaltsergänzung müssen Rat und Europäisches Parlament den Kommissionsentwurf beschließen.

[Kommissionsentwurf für einen Ergänzungshaushalt Nr. 8/2020 samt Anhang vom 28.08.2020](#) (in englischer Sprache)

[Kommissionswebseite zu Maßnahmen der Kohäsionspolitik wegen der Coronavirus-Pandemie](#) (in englischer Sprache)

[Kommissionswebseite zum EU-Soforthilfeinstrument](#)

2019 neben Deutschland zehn weitere Nettozahler in den EU-Haushalt

Deutschlands Bedeutung als größter Beitragszahler in den EU-Haushalt nahm laut aktueller Aufstellung der Kommission 2019 weiter zu: Danach steuerte die Bundesrepublik im vergangenen Jahr 14,3 Mrd. € mehr zum EU-Haushalt bei als sie – z. B. durch Landwirtschaftssubventionen oder Wirtschaftsförderung – zurückerhielt. Damit erhöhte sich der Haushaltssaldo zu Lasten Deutschlands im Vergleich zu 2018 um ca. 800 Mio. €. Von den 2019 noch 28 EU-Mitgliedstaaten waren neben Deutschland zehn weitere Nettozahler, insbesondere das inzwischen ausgetretene Vereinigte Königreich mit einem Nettobeitrag von 6,82 Mrd. €, Frankreich mit 6,76 Mrd. €, Italien mit 4,06 Mrd. € und die Niederlande mit 2,97 Mrd. €. Auch Belgien, Dänemark, Finnland, Irland, Österreich und Schweden zahlten 2019 mehr in den EU-Haushalt ein als sie über Förderprogramme erhielten. Polen und Ungarn waren 2019 die größten Nettoempfänger aus dem EU-Haushalt: Polen erhielt laut den Kommissionszahlen rund 12 Mrd. € mehr als es einzahlte. Für Ungarn gibt die Kommission einen positiven Saldo von rund 5 Mrd. € an.

[Kommissionswebseite zu den EU-Ausgaben und -Einnahmen 2014 bis 2020](#) (in englischer Sprache)

Wiederaufbaugelder: Europäischer Rechnungshof weist für den Mehrwert auf die Bedeutung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne hin

Laut der Stellungnahme des Europäischen Rechnungshofs (ERH) vom 09.09.2020 zur im Rahmen des neuen Wiederaufbauinstruments „Next Generation EU“ geplanten Aufbau- und Resilienzfazilität i. H. v. 560 Mrd. € hängt deren Mehrwert davon ab, wie wirksam die Mittel den ehrgeizigen Zielen der EU zugewiesen würden.



Durch die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne sei sicherzustellen, dass die finanzielle Unterstützung der EU auf die Verwirklichung ihrer allgemeinen gemeinsamen Ziele in den Bereichen Kohäsion, Nachhaltigkeit und Digitalisierung ausgerichtet und gut mit anderen Formen der Unterstützung durch die EU und die Mitgliedstaaten koordiniert werde. Die Fazilität ist laut ERH entscheidend für die rasche Mobilisierung der Mittel, die für die Förderung der Erholung und die Steigerung der Widerstandsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaften erforderlich seien. Er fordert, die Mitgliedstaaten müssten ihren Teil beitragen, indem sie ihre jeweilige Agenda für den ökologischen und digitalen Wandel, Investitionen und Reformen festlegen. Ob die für die Bewältigung der Folgen einer noch andauernden Krise vorgeschlagenen finanziellen Beträge angemessen seien, ist nach Ansicht der Prüfer schwer zu beurteilen. Kommission und Mitgliedstaaten müssten auf jeden Fall strenge, wirksame Maßnahmen gegen Betrug und Unregelmäßigkeiten ergreifen, damit die Unterstützung bestimmungsgemäß verwendet werde.

[ERH-Stellungnahme 6/2020 zur Einrichtung einer Aufbau- und Resilienzfazilität vom 09.09.2020](#) (in englischer Sprache)

Kommission: Schutz des EU-Haushalts vor Betrug hat sich 2019 weiter verbessert

Am 03.09.2020 legte die Kommission ihren 31. Jahresbericht über den Schutz der finanziellen Interessen der EU vor. Danach wurden 2019 wichtige Schritte unternommen, um den EU-Haushalt zu schützen: Viele Mitgliedstaaten hätten die Richtlinie über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen EU-Interessen gerichtetem Betrug umgesetzt, die Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden („Whistleblower“) sowie die neue Betrugsbekämpfungsstrategie der Kommission seien beschlossen worden, und mit *Laura Codruța Kövesi* (RU) sei die erste Europäische Generalstaatsanwältin ernannt worden. 2019 wurden laut Bericht 939 betrügerische Unregelmäßigkeiten gemeldet, mit einem Gesamtschadensvolumen von 461,4 Mio. €. Dies entspreche etwa der Hälfte des finanziellen Werts der Betrugsfälle von 2018 und bestätige den allgemeinen Abwärtstrend der letzten fünf Jahre. Die gemeldeten 10.787 Unregelmäßigkeiten ohne Betrugsabsicht seien von der Zahl her stabil geblieben, wertmäßig 2019 aber um 8 % auf ca. 1,2 Mrd. € zurückgegangen. Vor dem Hintergrund, dass die EU zur Bewältigung der Corona-Krise und deren Folgen demnächst beispiellose Summen aufnehmen werde, sind die Fortschritte laut dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (*Office européen de lutte anti-fraude*, OLAF) eine solide Basis. Die Kommission werde bald auch neue Maßnahmen vorschlagen, um den EU-Haushalt zu schützen.

[OLAF-Webseite zum 31. Jahresbericht der Kommission über den Schutz der finanziellen Interessen der EU und die Betrugsbekämpfung 2019 vom 03.09.2020](#) (auch in deutscher Sprache abrufbar)



STEUER

Kommission beziffert „Mehrwertsteuerlücke“ in den Mitgliedstaaten für 2018 mit ca. 140 Mrd. €

Laut dem am 10.09.2020 vorgestellten Kommissionsbericht zur sog. Mehrwertsteuerlücke entgingen den Mitgliedstaaten 2018 insgesamt schätzungsweise 140 Mrd. € an Mehrwertsteuereinnahmen. Die Mehrwertsteuerlücke bezeichnet die Differenz zwischen den erwarteten und den tatsächlich erhobenen Einnahmen. Sie habe sich in den letzten Jahren geringfügig verkleinert, aufgrund der Pandemiefolgen für die Wirtschaft würden die Zahlen für 2020 jedoch eine Trendumkehr mit einem potenziellen Verlust von 164 Mrd. € erwarten lassen. Die absolut höchsten Mehrwertsteuerlücken verzeichneten 2018 laut Kommission Italien mit 35,4 Mrd. €, das Vereinigte Königreich mit 23,5 Mrd. € und Deutschland mit 22 Mrd. € (2017: rund 25 Mrd. €). Prozentual habe die Lücke in Deutschland 8,6 % betragen, gegenüber 10 % im Jahr zuvor. Wie 2017 hatte laut dem Bericht Rumänien auch 2018 mit 33,8 % der Mehrwertsteuereinnahmen anteilmäßig die höchste nationale Lücke, gefolgt von Griechenland mit 30,1 % und Litauen mit 25,9 %. Am kleinsten seien die Mehrwertsteuerlücken in Schweden mit 0,7 %, Kroatien mit 3,5 % und Finnland 3,6 % gewesen. Als Medianwert gibt die Kommission für 2018 9,2 % an. Die Lücke soll ein Indikator für die Durchsetzungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten bei der Mehrwertsteuer sein. Sie dient als Schätzwert für Mindereinnahmen, die insbesondere auf Steuerbetrug, Steuerhinterziehung, Zahlungsunfähigkeit, aber auch systemimmanenten Unstimmigkeiten beruhen.

[Kommissionswebseite zur Mehrwertsteuerlücke mit Link zum Volltext der Studie vom 04.09.2020](#)

[Fragen und Antworten der Kommission zur Mehrwertsteuerlücke](#) vom 10.09.2020 (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission zum Vorschlag für eine Reform des EU-Mehrwertsteuersystems vom 04.10.2017](#)

Coronavirus: Frankreich verlängert u. a. mit Deutschland steuerliche Abkommen zu Grenzarbeitern bis Ende Dezember 2020

Laut Mitteilung des französischen Wirtschafts- und Finanzministeriums vom 31.08.2020 gelten die steuerlichen Abkommen über Grenzarbeiter und Grenzgänger, die Frankreich im März im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie mit Deutschland, Belgien, Luxemburg und der Schweiz abschloss, bis zum 31.12.2020 weiter. Zum einen können nach diesen Vereinbarungen Personen, die in den Genuss der spezifischen Steuerregelungen für Arbeitnehmer kommen, die in Grenzgebieten wohnen und arbeiten („Grenzregime“), weiterhin davon profitieren – auch wenn sie während der Gesundheitskrise im Zusammenhang mit COVID-19 gezwungen sind, zu Hause zu bleiben. Außerdem betreffen die Abkommen Grenzarbeiter, für die das Grenzregime nicht anwendbar ist: Tage, an denen sie aufgrund der Gesundheitsempfehlungen und -anweisungen im Zusammenhang mit der Epidemie zu Hause arbeiten, können optional als Arbeitstage in dem Land gelten, in dem sie ihre Tätigkeit gewöhnlich ausüben – und daher dort besteuert werden.

[Pressemitteilungen des französischen Wirtschafts- und Finanzministeriums, u. a. vom 31.08.2020](#) (in französischer Sprache)



EuGH-Generalanwalt: Auskunftsanspruch des Insolvenzverwalters einer Kapitalgesellschaft gegenüber Finanzamt unterliegt nicht der Datenschutz-Grundverordnung

Am 03.09.2020 legte der Generalanwalt am EuGH *Michal Bobek* seine Schlussanträge zum Vorabentscheidungsersuchen des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) wegen der Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche im Insolvenzverfahren gegenüber Finanzbehörden vor (Rechtssache C-620/19, Nordrhein-Westfalen / D.-H. T. als Insolvenzverwalter der J & S Service UG). Das BVerwG hatte den EuGH um Klärung ersucht, ob ein Finanzamt dem Insolvenzverwalter nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) die Auskunft zur Vorbereitung von Anfechtungsansprüchen gegen das Amt verweigern kann. Der Generalanwalt hält den EuGH für unzuständig: Denn bei fehlender unmittelbarer Anwendbarkeit des EU-Rechts sei er nur zuständig, wenn es im nationalen Recht einen unmittelbaren, unbedingten Verweis auf EU-Recht gebe und der Kontext dem EU-rechtlich geregelten Sachverhalt funktionell sowie rechtlich vergleichbar sei. Die zweite Voraussetzung sei nicht erfüllt, da die DSGVO nur für natürliche Personen gelte, hier jedoch mit der UG eine juristische Person betroffen sei. Auch würden die Beschränkungen in Art. 23 DSGVO für den Betroffenen gelten, der Insolvenzverwalter sei aber ein Dritter. Zudem betrifft Art. 23 DSGVO laut dem Generalanwalt Datenschutzrechte, der vom Finanzamt angeführte § 32c Abs. 1 Nr. 2 AO dagegen Informationsansprüche gegen Behörden, die in Transparenzregeln gründen würden. Die Schlussanträge sind für den EuGH nicht bindend.

[Schlussanträge des Generalanwalts *Bobek* zur Rechtssache C-620/19, Land Nordrhein-Westfalen / D.-H. T. handelnd als Insolvenzverwalter über das Vermögen der J & S Service UG, vom 03.09.2020](#)

WIRTSCHAFT- UND WÄHRUNGSUNION

Europäische Zentralbank verlängert Euro-Liquiditätslinien mit den Zentralbanken von Kroatien und Rumänien

Laut Mitteilung der Europäischen Zentralbank (EZB) vom 28.08.2020 hat diese mit den Zentralbanken von Kroatien (*Hrvatska narodna banka*) und Rumänien (*Banca Națională a României*) vereinbart, die jeweiligen Euro-Liquiditätslinien um sechs Monate bis Ende Juni 2021 zu verlängern. Sie waren Anfang 2020 ursprünglich bis Jahresende eingerichtet worden, um den Finanzinstituten in den beiden Ländern über ihre jeweiligen nationalen Zentralbanken Euro-Liquidität zur Verfügung zu stellen und so bei Marktstörungen infolge der Coronavirus-Krise einen möglichen Bedarf abzudecken. Im Rahmen einer sog. Repo-Linie kann die rumänische Zentralbank bei der EZB gegen angemessene, auf Euro lautende Sicherheiten bis zu 4,5 Mrd. € leihen. Über eine Swap-Linien-Vereinbarung kann die kroatische Zentralbank bei der EZB gegen kroatische Kuna bis zu 2 Mrd. € aufnehmen. Die maximale Laufzeit für jede Ziehung beträgt drei Monate.

[Pressemitteilung der EZB zur Verlängerung der Euro-Liquiditätslinien vom 28.08.2020](#) (in englischer Sprache)



DIGITALE INFRASTRUKTUR

Ausbau der Breitbandinfrastruktur: Kommission nimmt Rückmeldungen zur Bewertung der EU-Beihilfavorschriften entgegen

Am 08.09.2020 eröffnete die Kommission zwei parallele Konsultationsverfahren zu den EU-Beihilfavorschriften zur öffentlichen Förderung des Ausbaus von Breitbandnetzen. Rückmeldungen sind bis zum 05.01.2021 möglich. Es geht insbesondere um eine Gesamtbewertung, mit der die Kommission feststellen möchte, ob die Vorschriften noch ihren Zweck erfüllen oder angesichts der jüngsten Technologie- und Marktentwicklungen zu aktualisieren sind. Zum einen können Interessenträger ihr Feedback und ihre Erfahrungen bei der Umsetzung der Beihilfe-Breitbandleitlinien von 2013 sowie zu den einschlägigen Regeln der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) von 2014 übermitteln. Die Kommission möchte Wirksamkeit, Effizienz, Kohärenz, Relevanz und EU-Mehrwert der Beihilferegeln für den Breitbandausbau prüfen. Außerdem gibt es eine gezielte Konsultation, um Informationen zu bestimmten, technischen Regelungen der Breitbandleitlinien und der AGVO zu sammeln: So befasst sich diese Konsultation z. B. mit dem Begriff der „Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“, Maßnahmen, die nicht unter die EU-Beihilfavorschriften fallen – wie etwa Gutscheine für Breitband oder Nachfragebündelung – und der Rolle der nationalen Regulierungsbehörden. Hier sei die Kommission besonders an Rückmeldungen von Stellen mit Fachwissen oder Erfahrung im Bereich der Breitbandinfrastruktur interessiert.

[Kommissionswebseite zu beiden Konsultationen zu Beihilfavorschriften für den Breitbandausbau](#) (in englischer Sprache)

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der EU-Beihilfavorschriften für den Breitbandausbau](#) (auch in deutscher Sprache abrufbar)

[Gezielte Konsultation zu bestimmten technischen Einzelheiten der Breitbandleitlinien und der AGVO](#) (in englischer Sprache)

Nutzung von Geodaten: Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Bewertung der INSPIRE-Richtlinie

Am 07.09.2020 veröffentlichte die Kommission eine neue Initiative zur gemeinsamen Nutzung von Geodaten zur Umwelt – Bewertung der INSPIRE-Richtlinie 2007/2/EG – und einen Fahrplan dazu. Bis zum 19.10.2020 besteht die Möglichkeit, über ein Web-Portal zu dem Fahrplan Stellung zu nehmen. Durch die INSPIRE-Richtlinie (Infrastructure for Spatial Information in the European Community) wurde ein Online-Portal eingerichtet, über das die Behörden in der EU Geodaten zur Umwelt austauschen können. Dazu gehören gemeinsame Normen für die Datenerhebung, z. B. zu Grundwasser, Verkehrsnetzen, Flächennutzung, Lufttemperaturen. Die Kommission möchte nun prüfen, ob die INSPIRE-Richtlinie für wirksamen und effizienten Umweltschutz sorgt, für die Interessenträger nach wie vor relevant ist und im Einklang mit anderen EU-Rechtsvorschriften, insbesondere der neuen Initiative für einen Datenraum für den europäischen Grünen Deal, steht. Die Richtlinie wurde bereits 2016 einer Evaluierung unterzogen, und diese frühere Bewertung soll als Input verwendet werden. Fortschritte seit 2014 sollen ermittelt und wenn möglich quantifiziert werden. Dabei



soll sich die Evaluierung besonders auf die Umsetzungsfragen konzentrieren, die zu einer schlechten Leistung bei der Bereitstellung und Zugänglichmachung von Daten beitragen. Eine weitergehende inhaltliche Konsultation ist für das vierte Quartal 2020 geplant.

[Kommissionswebseite zur Initiative zur Bewertung der INSPIRE-Richtlinie](#) (auch in deutscher Sprache abrufbar)

[Kommissionsbericht über die Umsetzung der Richtlinie 2007/2/EG vom 10.08.2016](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

Neue Zusammensetzung des Kollegiums von der Leyen nach Rücktritt von Handelskommissar Phil Hogan

Nach dem Rücktritt von Handelskommissar *Phil Hogan* am 26.08.2020 wegen Verstoßes gegen Corona-Auflagen in seinem Heimatland Irland, hat Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* Exekutiv-Vizepräsident *Valdis Dombrovskis* als Nachfolger für das Handels-Portfolio benannt. *Dombrovskis* wird daneben weiterhin Kommissionsvertreter der Euro-Gruppe zusammen mit Wirtschaftskommissar *Paolo Gentiloni* bleiben.

Neue irische Kommissarin soll *Mairead McGuinness*, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments (EP) werden, die den Bereich Finanzdienstleistungen, Finanzmarktstabilität und Kapitalmarktunion übernehmen soll.

Die erforderlichen Anhörungen des EP zu den Neubesetzungen werden voraussichtlich in der Kalenderwoche 39 stattfinden (siehe hierzu Beitrag unter Politische Schwerpunkte in diesem EB).

[Presseerklärung von Ursula von der Leyen zur Zusammensetzung des Kollegiums](#)

[Pressemitteilung der Kommission zur Zusammensetzung des Kollegiums](#)

[Pressemitteilung der Kommission zum Rücktritt Phil Hogans](#)

[Statement von Phil Hogan zu seinem Rücktritt](#) (in englischer Sprache)

Kommission legt Maßnahmenpaket für die Erholung der Kapitalmärkte nach der COVID-19 Krise sowie Änderungen der Benchmark-VO vor

Die Kommission hat am 24.07.2020 ihr angekündigtes Maßnahmenpaket für die Erholung der Kapitalmärkte nach der COVID-19-Krise sowie eine Änderung der Verordnung über Referenzwerte (Benchmark-VO) vorgelegt. Derzeit laufen die Beratungen hierzu im Rat und im Europäischen Parlament, um möglichst bald zu einer Einigung zu kommen.

Das Maßnahmenpaket für die Erholung der Kapitalmärkte dient, wie das am 28.04.2020 von der Kommission vorgeschlagene Bankenpaket (EB 08/20), der Bewältigung der Folgen der COVID-19-Krise und soll die Kreditvergabe von Banken an Haushalte und Unternehmen in der EU erleichtern. Das Paket enthält gezielte Änderungen der Prospektverordnung, der MiFID II (2. Finanzmarktrichtlinie) und der Verbriefungsvorschriften.

Die Änderung der Benchmark-VO ist aus Sicht der Kommission deshalb notwendig, da die britische Financial Conduct Authority angekündigt hat, den Referenzwert London Interbank Offered Rate (LIBOR) ab Ende 2021 nicht mehr zu unterstützen. Sie geht davon aus, dass dieser eingestellt wird. Referenzwerte werden zur Bepreisung von Finanzinstrumenten und Verträgen oder zur Messung der Wertentwicklung eines Investmentfonds verwendet.



[Pressemitteilung der Kommission zum Maßnahmenpaket für die Erholung der Kapitalmärkte](#)

[Zu den beschlossenen Änderungen](#) (in englischer Sprache)

[Zur Konsultation](#)

[Pressemitteilung der Kommission zu den Änderungen der Benchmark-VO](#)

[Änderungsvorschlag der Benchmark-VO](#) (in englischer Sprache)

Kommission genehmigt BayernFonds in Höhe von 46 Mrd. €

Die Kommission hat am 20.08.2020 den mit 46 Mrd. € ausgestatteten BayernFonds genehmigt, der Liquiditäts- und Kapitalhilfen für von der Corona-Krise betroffene Unternehmen mobilisieren soll. Die Genehmigung stützt sich auf den Befristeten Beihilferahmen der Kommission, der im Rahmen der Bewältigung der Corona-Krise geschaffen wurde (EB 05/20) und umfasst Garantien, subventionierte Fremdkapitalinstrumente in Form nachrangiger Darlehen sowie Rekapitalisierungsinstrumente.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission genehmigt deutsche Beihilfe in Höhe von 840 Mio. € zum Schutz der Verbraucher und zur Unterstützung der Reisebranche

Die Kommission hat am 31.07.2020 eine deutsche Garantieregelung in Höhe von 840 Mio. € zur Deckung von Gutscheinen genehmigt, die von Reiserveranstaltern für vor dem 08.03.2020 gebuchte annullierte Pauschalreisen ausgestellt wurden. Da aufgrund der Corona-Krise etliche bereits gebuchte Reisen nicht angetreten werden konnten, erhielten viele Kunden Gutscheine als Alternative. Durch die Garantieregelung wird sichergestellt, dass jeder Reisende, der einen solchen Gutschein annimmt, diesen entweder einlösen kann oder eine vollständige Erstattung erhält. Wird ein Gutschein bis Ende 2021 nicht in Anspruch genommen, wird der gezahlte Betrag in voller Höhe an den Kunden zurückerstattet.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission genehmigt deutsche Beihilfe in Höhe von 6 Mrd. € für coronageschädigte Verkehrsunternehmen

Die Kommission hat am 07.08.2020 eine deutsche Beihilfe über 6 Mrd. € zur Unterstützung von durch die Corona-Krise geschädigten Unternehmen des öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs genehmigt. Verkehrsunternehmen erhalten demnach für Einbußen, die ihnen in der Zeit vom 01.03.2020 - 31.08.2020 entstanden sind, mittels direkter Zuschüsse Entschädigungen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



Kommission genehmigt deutsche Beihilferegung für Flughäfen

Die Kommission hat am 11.08.2020 eine deutsche Beihilferegung zur Unterstützung von Flughäfen, die von der Corona-Krise betroffen sind, genehmigt. Die Genehmigung stützt sich zum Teil auf den Befristeten Beihilferahmen der Kommission, der im Rahmen der Bewältigung der Corona-Krise geschaffen wurde (EB 05/20) sowie auf allgemeine EU-Beihilfevorschriften. Mögliche Unterstützungsmaßnahmen sind demnach direkte Zuschüsse für Flughäfen für Einnahmeausfälle sowie Stundungen von Steuern und Abgaben für Flughäfen mit Liquiditätsengpässen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission genehmigt staatliche Beihilfe Belgiens zur Unterstützung von Brussels Airlines

Die Kommission hat am 21.08.2020 eine belgische Beihilfe in Höhe von 290 Mio. € zur Unterstützung von Brussels Airlines genehmigt. Die Maßnahme stützt sich auf den Befristeten Beihilferahmen der Kommission, der im Rahmen der Bewältigung der Corona-Krise geschaffen wurde (EB 05/20) und umfasst ein Darlehen in Höhe von 287 Mio. € und eine Kapitalzuführung von rund 3 Mio. €. Brussels Airlines ist, ebenso wie seine Muttergesellschaft SN Airholding, Teil der SN-Gruppe, die vollständig im Eigentum der Deutsche Lufthansa AG steht. Durch die genehmigte Maßnahme wird die zugunsten der Lufthansa Group am 25.06.2020 gewährte Gesamtbeihilfe (EB 11/20) entsprechend reduziert.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission veröffentlicht Aktionsplan zu kritischen Rohstoffen

Die Kommission hat am 03.09.2020 einen Aktionsplan zu kritischen Rohstoffen, die Liste kritischer Rohstoffe 2020 sowie eine Zukunftsstudie über kritische Rohstoffe für strategische Technologien und Sektoren für die Zeiträume bis 2030 und bis 2050 veröffentlicht. Der Aktionsplan soll dazu dienen, Europa unabhängiger von Drittländern zu machen und den Übergang zu einer grünen und digitalen Wirtschaft zu unterstützen. Er beinhaltet insgesamt zehn Maßnahmen, darunter die Gründung einer Europäischen Rohstoffallianz, die Entwicklung nachhaltiger Finanzierungskriterien für den Bergbau-, die mineralgewinnende Industrie und den Verarbeitungssektor in delegierten Rechtsakten zur Taxonomie-Verordnung (EB 11/20), die Förderung von Forschung und Entwicklung in einschlägigen Bereichen sowie die Entwicklung strategischer internationaler Partnerschaften. Bei der Aktualisierung der Liste für kritische Rohstoffe wurde Lithium, das für den Übergang zur E - Mobilität zwingend benötigt wird, erstmals mit aufgenommen. Die Liste enthält insgesamt 30 kritische Rohstoffe.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Mitteilung zu kritischen Rohstoffen](#)

[Fragen und Antworten zur Mitteilung über kritische Rohstoffe](#)



REACT-EU: Ausschuss für regionale Entwicklung nimmt Bericht an

Die Abgeordneten des Ausschusses für regionale Entwicklung (REGI) des Europäischen Parlaments (EP) haben am 07.09.2020 einen Bericht zu außerordentlichen Mitteln zur Unterstützung der Krisenbewältigung im Zusammenhang mit COVID-19 (REACT-EU) angenommen. Die Kommission hatte ihren Verordnungsvorschlag am 27./28. Mai 2020 im Rahmen des Europäischen Wiederaufbaufonds „Next Generation Europe“ vorgelegt (EB 09/20). REACT-EU enthält Vorschläge für neue Instrumente der EU-Strukturpolitik.

Die Abgeordneten sprachen sich in dem Bericht u. a. dafür aus, den Mitgliedstaaten die zusätzlichen Mittel auch in den Jahren 2023 und 2024 zur Verfügung zu stellen, also über den im Kommissionsvorschlag festgesetzten Termin von 2022 hinaus.

Zudem fordern sie, die von der Kommission vorgeschlagenen Mittel i. H. v. 55 Mrd. € beizubehalten, trotz der vom Europäischen Rat vorgeschlagenen Haushaltskürzungen. Auch müsse nach wie vor sichergestellt sein, dass die Maßnahmen befristet seien.

In einem nächsten Schritt wird das EP voraussichtlich in seiner Plenarsitzung vom 14.09.2020 - 17.09.2020 über den Bericht abstimmen.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

[Berichtsentwurf zu REACT-EU](#)

Kommission, Wirtschafts- und Sozialpartner erneuern Europäische Integrationspartnerschaft

Die Kommission, Gewerkschaften, Handelskammern und Arbeitgeberverbände haben am 07.09.2020 die Europäische Integrationspartnerschaft verlängert. Diese wurde 2017 eingerichtet und zielt darauf ab, Migranten und Flüchtlinge besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. In einer gemeinsamen Erklärung wurden die künftigen Schwerpunkte festgelegt. Diese sind die Schaffung von Verbindungen zwischen der Wirtschaft und Gesellschaft zur besseren Arbeitsmarktintegration, die Unterstützung von Unternehmen und die Erleichterung der Kompetenzermittlung, -bewertung und -validierung (siehe auch Beiträge des StMAS und des StMI in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Gemeinsame Erklärung zur Europäischen Integrationspartnerschaft](#) (in englischer Sprache)

Kartellrecht: Ergebnisse der Evaluierung der Gruppenfreistellungsverordnung für vertikale Vereinbarungen

Die Kommission hat am 08.09.2020 die Ergebnisse der Evaluierung der Gruppenfreistellungsverordnung für vertikale Vereinbarungen (Vertikal-GVO) und der Leitlinien für vertikale Beschränkungen (Vertikal-Leitlinien) veröffentlicht.

Die derzeitigen Regelungen gelten noch bis zum 31.05.2022.



Vertikale Vereinbarungen sind Vereinbarungen, die zwischen zwei oder mehr auf unterschiedlichen Ebenen der Produktions- oder Vertriebskette tätigen Unternehmen geschlossen werden und die Bedingungen betreffen, zu denen die beteiligten Unternehmen Waren oder Dienstleistungen beziehen, verkaufen oder weiterverkaufen dürfen.

Die Evaluierung ergab, dass die Vorschriften immer noch relevant sind, da die Selbstprüfung vertikaler Vereinbarungen dadurch erleichtert werde, allerdings wurden auch einige Lücken aufgezeigt. Zudem kam die Evaluierung zu dem Ergebnis, dass sich der Markt vor allem aufgrund der Zunahme des Online-Warenhandels und der Online-Plattformen enorm verändert habe.

Die Kommission wird nun in den nächsten Wochen eine Folgenabschätzung einleiten, damit die Vorschriften rechtzeitig angepasst werden können.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Ergebnisse der Evaluierung](#) (in englischer Sprache)

EuGH: Abschaffung von Roaminggebühren

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 03.09.2020 in einem Urteil entschieden, dass die Abschaffung der Roaminggebühren innerhalb des EU-Binnenmarkts automatisch auf alle Kunden angewendet werden musste (C-539/19 – Telefónica Germany).

Als 2017 die Roaminggebühren innerhalb des EU-Binnenmarkts abgeschafft wurden, hatte O2 Telefónica Germany bei Kunden, die zuvor einen speziellen Roamingtarif besaßen, keine automatische Umstellung vorgenommen, sondern gefordert, dass diese zunächst per SMS erklärten, dass sie eine Umstellung möchten. Der deutsche Bundesverband der Verbraucherzentralen beanstandete dies vor dem Landgericht München I. Daraufhin ersuchte das Landgericht München I den EuGH um Auslegung der Roaming-Verordnung.

Der EuGH hat nun entschieden, dass sowohl der Wortlaut der Verordnung „Roam like at home“ als auch die Ziele der Verordnung, keine Unterscheidung mehr zwischen Inlands- und Roamingtarife zu haben, für eine automatische Umstellung auf alle Kunden sprechen (siehe hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Urteil des EuGH](#)

Kommission legt Entwurf für delegierten Rechtsakt zu Eurorates und zu Empfehlungen zu relevanten Märkten vor

Die Kommission hat am 25.08.2020 den Entwurf einer delegierten Verordnung zur Festsetzung einheitlicher Höchstentgelte für die Anrufzustellung (sog. Eurorates) verabschiedet, zu dem bis zum 22.09.2020 Stellung genommen werden kann. Hierdurch sollen überhöhte Preise für Telefondienste gegenüber Unternehmen und Verbrauchern verhindert werden. Zum einen geht es um die Tarife für Festnetzdienste, zum anderen um die Tarife für Mobilfunkdienste.



Zudem hat die Kommission am 25.08.2020 einen Empfehlungsentwurf und dazugehörige Erläuterungen zu relevanten Märkten veröffentlicht. Diese Empfehlungen umfassen eine Liste von Produkt- und Dienstleistungsmärkten, die aus Sicht der Kommission nicht vollständig wettbewerbsorientiert sind und damit regulatorische Maßnahmen erfordern. Die Kommission hat hierbei Märkte ermittelt, die für die Bereitstellung von Breitbanddiensten sowohl für Verbraucher als auch Unternehmen von zentraler Bedeutung seien.

Nach Erhalt der Feedbacks wird die Kommission zwei endgültige Vorschläge verabschieden.

[Pressemitteilung der Kommission zur Festsetzung einheitlicher Höchstentgelte für die Anrufzustellung](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission zu den Empfehlungen zu relevanten Märkten](#) (in englischer Sprache)

[Zur Stellungnahme](#)

Folgenabschätzung zur nachhaltigen Unternehmensführung

Bis zum 08.10.2020 besteht die Gelegenheit, Stellung zu nehmen zu einer Folgenabschätzung der Kommission für einen Richtlinienvorschlag zur Verbesserung des Rechtsrahmens für Gesellschaftsrecht und Corporate Governance. Die Initiative zielt darauf ab, festzustellen, wie Unternehmen dabei unterstützt werden können, Nachhaltigkeitsfragen in ihren eigenen Geschäftsabläufen und Wertschöpfungsketten besser zu steuern (siehe auch Beitrag des StMJ in diesem EB).

[Zur Initiative](#)

Ausbau der Breitbandinfrastruktur: Kommission nimmt Rückmeldungen zur Bewertung der EU-Beihilfavorschriften entgegen

Die Kommission hat am 08.09.2020 eine öffentliche Konsultation zur Evaluierung der EU-Beihilfavorschriften im Breitbandsektor im Anschluss an den am 16.06.2020 vorgelegten Fahrplan (EB 11/20) veröffentlicht. Hierbei soll festgestellt werden, ob die Vorschriften erwartungsgemäß wirken, technologische Entwicklungen einbeziehen und ausreichen, um die neuen EU-Ziele zu erreichen (siehe auch Beitrag des StMFH in diesem EB). Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 05.01.2021.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Konsultation](#)

Kommission gibt Gelegenheit zur Stellungnahme zur Überarbeitung der Vorschriften für finanzielle Referenzwerte

Bis zum 06.10.2020 besteht die Möglichkeit, Stellung zu nehmen zu einem Verordnungsvorschlag der Kommission zur Aktualisierung der Vorschriften für finanzielle Referenzwerte. Zum einen geht es um die Reform systemrelevanter Referenzzinssätze, die von Banken zur Bepreisung von Unternehmens- und



Konsumentenkrediten herangezogen werden, zum anderen um Referenzwerte für Börsenkurse und Wechselkurse außerhalb der EU.

[Zur Initiative](#)

Öffentliche Konsultation zur langfristigen Vision für ländliche Gebiete gestartet

Die Kommission hat am 07.09.2022 eine öffentliche Konsultation zur Zukunft ländlicher Gebiete und ihrer Rolle in der Gesellschaft eingeleitet, zu der bis zum 30.11.2020 Stellung genommen werden kann. Die Initiative zielt darauf ab, eine Zukunftsvision bis 2040 zu erarbeiten und Meinungen zum demografischen Wandel, zu Fragen der Anbindung, zum Einkommensniveau und zum begrenzten Zugang zu Dienstleistungen einzuholen. Zudem sollen innovative, inklusive und nachhaltige Lösungen vor dem Hintergrund des Klimawandels, des digitalen Wandels und der COVID-19 Krise ausgelotet werden (siehe auch Beitrag des StMELF in diesem EB).

[Zur Konsultation](#)

Konsultation zur Überarbeitung der eIDAS Verordnung und Schaffung einer digitalen Identität

Bis zum 02.10.2020 kann Stellung genommen werden zu einer öffentlichen Konsultation der Kommission zur Aktualisierung der Verordnung über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt (eIDAS) (siehe auch Beitrag des StMD in diesem EB).

[Zur Konsultation](#)

Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Erwerb der gemeinsamen Kontrolle über IONITY durch Hyundai, BMW, Daimler, Porsche und Ford

Die Kommission hat am 01.09.2020 den Erwerb der gemeinsamen Kontrolle über die deutsche IONITY Holding GmbH & Co. KG durch die südkoreanische Hyundai Motor Company zusammen mit den derzeitigen Anteilseignern BMW, Daimler, Porsche und Ford genehmigt. IONITY ist europaweit aktiv bei der Installation, dem Betrieb und der Wartung einer öffentlich zugänglichen Hochleistungs-Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge entlang der Autobahnen und Fernstraßen in Europa.

[Auszug aus den Daily News der Kommission](#)

[Zur Wettbewerbssache M.9572](#)



TECHNOLOGIE UND INNOVATION

EIB vergibt 15 Mio. € an bayerisches Unternehmen The Mobility House für intelligente Ladetechnologien

Das bayerische Unternehmen The Mobility House mit Sitz in München erhält von der Europäischen Investitionsbank (EIB) 15 Mio. € zur weiteren Entwicklung seines intelligenten Lade- und Energiemanagementsystems ChargePilot für Elektrofahrzeuge.

Das Projekt wird im Rahmen des Programms „InnovFin – Demonstrationsprojekte im Energiesektor“ gefördert, das aus Mitteln des EU-Forschungs- und Innovationsprogramms Horizont 2020 finanziert wird.

[Pressemitteilung der EIB](#)

Raumfahrt: Erster erfolgreicher Satellitenstart gefördert durch Horizont 2020

Am 03.09.2020 ist erstmals ein Mikrosatellit erfolgreich vom europäischen Weltraumbahnhof in Kourou ins All gestartet. Das Projekt ist Teil der Initiative „In-Orbit Demonstration and Validation (IOD/IOV)“ und wird über das EU-Forschungsprogramm Horizont 2020 gefördert. Geplant sind insgesamt 26 Experimente, die dazu beitragen sollen, zwischen 2020 und 2022 eine innovative und wettbewerbsfähige EU-Raumfahrtindustrie zu schaffen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

AUßENWIRTSCHAFT

EU-Vietnam: Handelsabkommen in Kraft

Am 01.08.2020 trat das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Vietnam in Kraft (EB 03/20). Von nun an bestehen kaum mehr Zölle zwischen der EU und Vietnam und europäischen Unternehmen haben einen besseren Zugang zum vietnamesischen Markt im Rahmen öffentlicher Aufträge.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

EU-US-Handel: Vorschlag der Kommission zur Absenkung bestimmter Zölle

Die Kommission hat am 08.09.2020 einen Verordnungsvorschlag zur Senkung bestimmter Zölle veröffentlicht. Dies ist Folge einer gemeinsamen Erklärung der EU und USA vom 21.08.2020 zur Absenkung bestimmter Zölle. Demnach möchte die EU Importzölle auf Hummer rückwirkend zum 01.08.2020 vorläufig abschaffen, die USA plant im Gegenzug die Reduzierung von Zöllen auf eine Reihe europäischer Produkte (u. a. Feuerzeuge und Fahrzeugteile). Dies soll der Erleichterung des gegenseitigen Handels im Wert von mehreren hundert Millionen US-Dollar dienen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Verordnungsvorschlag zur Absenkung bestimmter Zölle](#) (in englischer Sprache)



[Gemeinsame Erklärung der EU und der USA zum Zollabkommen](#) (in englischer Sprache)

Stärkung des Präferenzhandels der EU mit Pan-Europa-Mittelmeer-Ländern

Die Kommission hat am 24.08.2020 ein Paket von Vorschlägen zur Steigerung des Handels zwischen der EU und den Nachbarländern aus der Pan-Europa-Mittelmeer-Zone angenommen. Die Vorschläge zielen darauf ab, die Präferenzhandelsabkommen der EU mit 20 Pan-Europa-Mittelmeer-Handelspartnern zu modernisieren, indem die jeweiligen „Ursprungsregeln“ flexibler und unternehmensfreundlicher gestaltet werden. Demnach können Waren mit bestimmtem Präferenzursprung je nach Zollpräferenzbehandlung zollfrei oder zu niedrigeren Zollsätzen eingeführt werden. Dies soll u. a. der wirtschaftlichen Erholung nach der Corona-Krise dienen und stellt einen ersten Schritt bei der Modernisierung des Regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln dar.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zu den einzelnen Vorschlägen](#)

Analyse des Europäischen Rechnungshofs zu Chinas Investitionsstrategie

Der Europäische Rechnungshof (ERH) hat am 10.09.2020 die Ergebnisse einer Analyse zu Chinas Investitionsstrategie veröffentlicht. In dieser hat er die Risiken und Chancen, die Chinas staatlich gelenkte Investitionsstrategie für die EU mit sich bringt, ausgewertet. Er kam insbesondere zu dem Ergebnis, dass die EU ihre eigene China-Strategie besser festlegen, umsetzen und nachverfolgen und das Handeln der EU-Organe und der einzelnen Mitgliedstaaten in Bezug auf die bilateralen Beziehungen zu China besser koordinieren sollte.

[Pressemitteilung des ERH](#)

ENERGIE

Folgenabschätzungen im Energiebereich

Noch bis zum 21.09.2020 laufen zwei Konsultationen der Kommission im Energiebereich. Sie zielen darauf ab festzustellen, wie durch eine Überprüfung der Energieeffizienzrichtlinie (EED) und der EU-Vorschriften für erneuerbare Energien, die Ziele des Europäischen Green Deals, die Treibhausgasemissionen der EU bis zum Jahr 2030 um mindestens 50 % bis 55 % zu verringern, erreicht werden können.

[Zur Initiative Überprüfung der EU-Energieeffizienzrichtlinie](#)

[Zur Initiative Überprüfung der EU-Vorschriften für erneuerbare Energien](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT

Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht „Gesunde Umwelt, gesundes Leben“

Am 08.09.2020 hat die Europäische Umweltagentur (EUA) ihren Bericht „Gesunde Umwelt, gesundes Leben: wie die Umwelt die Gesundheit und das Wohlbefinden in Europa beeinflusst“ veröffentlicht. Dieser behandelt die Daten der Weltgesundheitsorganisation zu Todes- und Krankheitsursachen und unterstreicht die Schlüsselrolle der Umweltqualität in Europa für Gesundheit und Wohlbefinden. Danach ist die Luftverschmutzung die größte Umweltbedrohung für die Gesundheit in Europa (ca. 400.000 vorzeitige Todesfälle), gefolgt von Lärmbelastung und Auswirkungen des Klimawandels wie z. B. Hitzewellen. Bei der Verteilung der Umweltbelastungen bestehen starke Unterschiede zwischen Ländern in Ost- und Westeuropa. Sozial benachteiligte Gemeinschaften sind häufig einer Mehrfachbelastung aus Armut, niedriger Umweltqualität und Krankheit ausgesetzt, so dass dort gezielte Verbesserungsmaßnahmen nötig sind. Oft sind Menschen von mehreren Risiken wie Luft- und Wasserverschmutzung, Lärmbelastung und Chemikalien gleichzeitig betroffen, deren Auswirkungen sich gegenseitig verstärken können. Aktuelle Forschungen lassen einen Zusammenhang zwischen der COVID-19-Pandemie und Umweltaspekten durch „speziesüberschreitende Übertragung“ als negative Folge zunehmenden Konsums zulasten natürlicher Ressourcen vermuten. Wichtigster Teil der Lösung ist ein besserer Zugang zu Grün- und Wasserflächen.

[EUA-Bericht](#) (in englischer Sprache)

REACH-Regelungsausschuss beschließt EU-Verbot von Bleimunition in Feuchtgebieten

Am 03.09.2020 hat der REACH-Regelungsausschuss ein EU-Verbot von Bleimunition in Feuchtgebieten nach einer zweijährigen Übergangsfrist beschlossen. Deutschland trug die Entscheidung mit. Um eine Mehrheit für ein Verbot zu erreichen, hat die EU-Kommission im Zuge der Verhandlungen die Pufferzone um Feuchtgebiete, innerhalb derer ein Bleiverbot gilt, von 300m auf 100m verkleinert und auf das geplante komplette Besitzverbot für Bleimunition verzichtet. Nach Berechnungen der Europäischen Chemikalienagentur ECHA, landen pro Jahr rund 5.000 t hochgiftiges Blei in Gewässern und Feuchtwiesen. Nach Angaben des Bundesumweltministeriums sterben in Europa jährlich mehr als eine Mio. Wasservögel an einer Bleivergiftung. Parlament und Rat müssen der Entscheidung noch formal zustimmen. Wird binnen drei Monaten kein Einspruch eingelegt, trifft die EU-Kommission die letzte Entscheidung.

[Durchführungsrechtsakt](#) (in englischer Sprache)

Kommission startet Konsultation zur Bauproduktenverordnung

Am 04.09.2020 hat die Kommission eine Konsultation zur Überarbeitung der Bauproduktenverordnung eingeleitet. Nach den Ergebnissen der vorhergehenden Konsultation vom 18.10.2018 hatten sich 60 % der



Befragten für eine Anpassung der bestehenden Bauproduktenverordnung ausgesprochen. Zwischenzeitlich hat sich die Kommission im „Green Deal“ auf eine Überarbeitung festgelegt. Aufgrund behaupteter systematischer Mängel in der europäischen Normung (CEN) soll zudem der Gesamtbestand bautechnischer EU-Normen unter Einbindung der Mitgliedstaaten überarbeitet werden. Die Konsultation läuft bis 25.12.2020. Der Vorschlag zur Novellierung der Bauproduktenverordnung ist für das dritte Quartal 2021 geplant (siehe hierzu auch Beitrag des StMB in diesem EB).

[Konsultation](#) (in englischer Sprache)

Kommission startet „call for ideas“ zu den Themen Klima, Wasser und Boden

Am 01.09.2020 hat die Kommission einen Aufruf an EU-Bürgerinnen und Bürger gerichtet, für die fünf unter Horizon Europe geplanten Missionen Ideen zu den künftigen Schwerpunkten der EU-Forschungsförderung einzubringen. Bis 06.09.2020 können bis zu fünf Vorschläge eingereicht werden, bis 14.09.2020 können bereits eingereichte Vorschläge unterstützt werden. Die Missionen sollen Lösungen für einige der größten globalen Herausforderungen in fünf definierten Missionsbereichen finden: „Den Krebs bezwingen“, „Beschleunigung des Übergangs zu einem klimabereiten und widerstandsfähigen Europa“, „Regenerierung unserer Ozeane und Gewässer“, „100 klimaneutrale Städte bis 2030 - von und für die Bürger“, „Pflege des Bodens ist Pflege des Lebens“. Jede Mission repräsentiert ein Portfolio von Aktionen über Disziplinen und Sektoren hinweg innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens und Budgets. Nachdem die jeweiligen Mission Boards Ende Juni erste Vorschläge für die Ausgestaltung der Missionen vorgelegt haben (darunter die oben genannten Zielbeschreibungen), bezieht die Kommission nunmehr alle EU-Bürgerinnen und Bürger ein. Die Ergebnisse werden bei den Research & Innovation Days vom 22.09.2020 - 24.09.2020 vorgestellt. Dabei werden die Mission Boards auch ihre endgültigen Empfehlungen an die Kommission übergeben. Die ausgewählten Missionen werden Ende 2020 bekanntgegeben und 2021 gestartet (siehe hierzu auch Beitrag des StMWK in diesem EB).

[Mitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Weitere Informationen zu den Missionen](#) (in englischer Sprache)

Kommission startet Konsultation zu Umweltauswirkungen von Unternehmen und Produkten

Am 27.08.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zu einem geplanten Legislativvorschlag zur Begründung von Umweltauswirkungen von Produkten und Unternehmen (einschließlich Dienstleistungen) gestartet. Diese Initiative basiert auf den im Grünen Deal angekündigten Prioritäten des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft und der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“. Ziel ist es, zuverlässige und EU-weit vergleichbare und nachprüfbar Aussagen zu Informationen über Umweltauswirkungen von Unternehmen und Produkten zu definieren, um es Marktteilnehmern – Verbrauchern, Unternehmen, Investoren – zu ermöglichen, umweltfreundlichere Entscheidungen zu treffen und Konsum, Geschäftstätigkeiten und Investitionen in eine nachhaltigere Richtung zu steuern. Alle Interessensgruppen wie Unternehmen und Unternehmensverbände,



Behörden, Wissenschaftler/innen, Investor/innen sowie Nichtregierungsorganisationen sind eingeladen ihre Ansichten mitzuteilen. Eine Beteiligung an der Konsultation ist bis 03.12.2020 möglich.

[Konsultation](#) (in englischer Sprache)

Kommission veröffentlicht Bericht über die Verwendung von Quecksilber in Dentalamalgam und in Produkten

Am 17.08.2020 hat die Kommission einen Bericht über die Überprüfung der Verwendung von Quecksilber in Dentalamalgam und in Produkten veröffentlicht. Da Quecksilber als global besorgniserregender Stoff anerkannt ist, von dem erhebliche Gefahren für die Umwelt und die menschliche Gesundheit ausgehen, hat die Kommission auf der Basis der Verordnung (EU) 2017/852 über Quecksilber einen Bericht erarbeitet, wie die Verwendung von Quecksilber und die Quecksilberexposition reduziert, kontrolliert oder unterbunden werden kann. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass der schrittweise Ausstieg aus der größten verbleibenden Verwendung von Quecksilber – Dentalamalgam – technisch und wirtschaftlich vor 2030 machbar ist, die Kommission will dazu im Jahr 2022 einen Gesetzgebungsvorschlag zum schrittweisen Ausstieg aus der Verwendung von Dentalamalgam vorlegen. Im Rahmen der internationalen Minamata-Konvention will die EU-Kommission sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass bereits in der EU verbotene quecksilberhaltige Produkte auch weltweit nicht mehr verwendet werden dürfen. Zudem werde sie prüfen, ob nicht nur das Inverkehrbringen, sondern auch die Herstellung und die Ausfuhr bestimmter mit Quecksilber versetzter Produkte verboten werden sollte (siehe hierzu auch Beitrag des StMGP in diesem EB).

[Bericht](#)

VERBRAUCHERSCHUTZ

Kommission startet Konsultation zu Zulassungen für Pestizide

Am 03.09.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zu Lebensmittelsicherheit – Zulassungen für Pestizide (klarere Informationen) gestartet. Vor dem Hintergrund der EU-Transparenzverordnung über die Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelkette müssen die Vorschriften über die Erneuerung von Zulassungen für Pestizide geändert werden, insbesondere bezüglich Beratung der Antragsteller, in Auftrag gegebene Studien, öffentliche Konsultationen zu wissenschaftlichen Studien, Offenlegung der Anträge und der stützenden wissenschaftlichen Studien/Daten, Vertraulichkeit und Standarddatenformate. Der veröffentlichte Vorschlag für eine Durchführungsverordnung zielt darauf ab, das vorgesehene Erneuerungsverfahren in der "Pestizid"-Verordnung (1107/2009) anzupassen. Die Konsultation läuft bis 01.10.2020, die Annahme der Verordnung ist geplant für das dritte Quartal 2020.

[Konsultation](#) (in englischer Sprache)



EuGH: Entschädigung wegen Flugverspätung –Anspruch in Landeswährung

Am 03.09.2020 hat der EuGH in der Rechtssache C-356/19 Delfly / Travel Service Polska u. a. geurteilt, dass ein von einer Verspätung oder Annullierung betroffener Fluggast die Zahlung der vom Unionsrecht vorgesehenen Ausgleichsleistung in der Landeswährung seines Wohnortes verlangen kann. Ein Fluggast hatte nach einer mehr als dreistündigen Verspätung des gebuchten Fluges seinen Entschädigungsanspruch über 400 € an die Gesellschaft Delfly mit Sitz in Warschau abgetreten. Diese erhob vor einem polnischen Gericht Klage gegen das durchführende Luftverkehrsunternehmen auf Zahlung von 1698,64 polnischen Zloty (umgerechnet 400 €). Das befasste Gericht legte im Wege des Vorabentscheidungsersuchens dem EuGH die Frage vor, ob ein Fluggast, dessen Flug verspätet war, oder sein Rechtsnachfolger nach der Fluggastrechteverordnung die Zahlung der in dieser Verordnung genannten Ausgleichsleistung in der an seinem Wohnort geltenden Landeswährung verlangen kann. Der EuGH stellt in seinem Urteil fest, dass das Hauptziel der Fluggastrechteverordnung die Sicherstellung eines hohen Schutzniveaus für Fluggäste ist. Den Anspruch auf Ausgleichsleistungen für Schäden davon abhängig zu machen, dass die Ausgleichsleistung in Euro – unter Ausschluss jeder anderen, nationalen Währung – gezahlt wird, sei eine Beschränkung der Ausübung dieses Rechts und stehe daher dem Schutzzweck der Verordnung entgegen.

[EuGH-Urteil](#)

EuGH: Keine Haftung des Luftverkehrsunternehmens für Schäden aufgrund einer Verletzung während Hotelunterbringung

Am 03.09.2020 hat der EuGH in der Rechtssache C-530/19 zwischen NM./ON entschieden, dass ein Luftfahrtunternehmen nicht auf der alleinigen Grundlage der Fluggastrechteverordnung (EG) Nr. 261/2004 verpflichtet sein kann, dem Fluggast die Schäden zu ersetzen, die durch ein Fehlverhalten des Hotelpersonals entstanden sind. Nach Annullierung ihres Fluges wurde eine Flugreisende von der Fluglinie auf den nächsten Tag umgebucht und in einem Hotel untergebracht. Das österreichische Gericht, vor dem die Flugreisende aufgrund ihres schweren Rollstuhlnfalls auf dem Hotelgelände auf Schadensersatz klagt, legte im Wege des Vorabentscheidungsersuchens dem EuGH die Frage vor, ob nach der Fluggastrechteverordnung eine Fluglinie für Schäden aufgrund einer Verletzung des Fluggasts durch fahrlässiges Verhalten der Hotelmitarbeiter haftet. Zudem fragt das Gericht, ob die Verordnung die Fluglinie nur zur Hotelvermittlung und Übernahme der Unterbringungskosten verpflichtet oder die Unterbringung als solche geschuldet ist. Der EuGH stellt klar, dass die Fluggastrechteverordnung einem System standardisierter und sofortiger Maßnahmen zur Wiedergutmachung ohne Einzelfallprüfung folgt. Ein Ausgleich individueller Schäden, die eine Prüfung spezieller Situationen der einzelnen Fluggäste erfordern, ist darin nicht vorgesehen. Auch eine Betreuungspflicht der Fluglinie, nach der sie die Modalitäten der Hotelunterbringung ihrer Fluggäste selbst zu übernehmen hat, ist daher abzulehnen.

[EuGH-Urteil](#)



EuGH: Abschaffung von Roaming-Gebühren

Am 03.09.2020 hat der EuGH in der Rechtssache C-539/19 Telefónica Germany/Verbraucherzentrale Bundesverband entschieden, dass Roaminganbieter mit der Abschaffung der Roaming-Gebühren verpflichtet waren, den neuen, regulierten Roamingtarif automatisch auf alle Kunden unabhängig vom bisher für sie geltenden Tarif anzuwenden. Telefónica Germany (O2) hatte nach Abschaffung der Endkunden-Roamingaufschläge durch die Roamingverordnung (EU) Nr. 531/2012 eine automatische Umstellung auf den regulierten „Roam-Like-At-Home“- Tarif nur bei Kunden vorgenommen, die bis dahin einen regulierten Tarif besaßen. Kunden, die sich in einem speziellen Roaming-Tarif befanden, konnten dagegen nur durch aktives Opt-In (per SMS oder über eine App) in den neuen Tarif gelangen. Das mit der Rechtssache befasste Landgericht München I ersuchte den EuGH im Wege des Vorabentscheidungsverfahrens diesbezüglich um Auslegung der Roamingverordnung. Der EuGH stellt in seinem Urteil nunmehr fest, dass der Wille des Unionsgesetzgebers zu einer automatischen Einführung des neuen Tarifs für alle Kunden an dem Ziel der Verordnung erkennbar sei, Endkunden-Roamingaufschläge in der Union zu beseitigen und einen Binnenmarkt für Mobilfunkdienste zu schaffen, auf dem nicht mehr zwischen Inlands- und Roamingtarifen unterschieden wird. Dies sei mit dem Erfordernis der Aktivierung des neuen Tarifs nicht vereinbar.

[EuGH-Urteil](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Informelle Tagung des Agrarrats in Koblenz

Vom 30.08.2020 - 01.09.2020 traf sich der Rat für Landwirtschaft und Fischerei (AGRIFISH) in Koblenz zu seiner informellen Sitzung. Dabei wurden vor allem die Lehren aus der Covid-19-Pandemie, die Regionalität der Erzeugung sowie Aspekte des Tierwohls im Stall und beim Transport diskutiert. Die Initiative von Bundesministerin *Julia Klöckner* zur EU-weiten Tierwohlkennzeichnung fand weitgehende Unterstützung. Im Hinblick auf die Pandemie wurde die Kommission beauftragt zu analysieren, wie die Land- und Ernährungswirtschaft krisenfester aufgestellt werden kann. Dabei sollen besonders die neuen Züchtungstechniken bewertet werden.

[Weitergehende Informationen zur Ratstagung](#)

Kommission schlägt Verschiebung der neuen Öko-Verordnung auf 2022 vor

Nach zahlreichen Forderungen aus den Reihen von Verbänden, des Europäischen Parlaments (EP) und vieler Mitgliedstaaten hat die Kommission am 04.09.2020 einen Entwurf zur Verschiebung des Inkrafttretens der neuen Öko-Verordnung um ein Jahr auf 01.01.2022 vorgelegt. Inhaltliche Änderungen sind nicht vorgesehen. Rat und EP müssen dem Vorschlag noch zustimmen.

[Vorschlag der Kommission](#)

Öffentliche Konsultation zur Entwicklung eines Aktionsplans zur Steigerung der EU-Öko-Produktion gestartet

Am 04.09.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Entwicklung eines Aktionsplans zur Steigerung der EU-Öko-Produktion gestartet. Der Aktionsplan soll dabei helfen, das Ziel des Green Deal von EU-weit 25 % ökologisch bewirtschafteter landwirtschaftlicher Nutzfläche bis zum Jahr 2030 (2018 rund 8 %) zu erreichen. Dabei soll der Aktionsplan die unterschiedliche Ausgangslage in den Mitgliedstaaten berücksichtigen und die biologische Vielfalt sowie die Nachfrage nach Öko-Produkten erhöhen. In Form eines online verfügbaren Fragebogens (vorwiegend als „multiple choice“) werden Fragen zum aktuellen Stand der Öko-Produktion, zur Förderung von Nachfrage, Verbrauchervertrauen und Produktion, zu den Vorteilen für Umwelt und Gesellschaft sowie zur Rolle der EU gestellt. Es besteht ferner auch die Möglichkeit, Freitext einzugeben und ein kurzes Dokument zum Fragebogen hochzuladen. Bis zum 27.11.2020 haben Erzeuger, Behörden, Verbände, Organisationen, Institutionen, Forschungseinrichtungen sowie alle anderen Interessierten die Möglichkeit, ihre Meinung im Rahmen der Konsultation zu äußern. Der Aktionsplan soll im ersten Quartal 2021 von der Kommission veröffentlicht werden.

[Konsultation zum Aktionsplan](#)



Öffentliche Konsultation zur langfristigen Vision für ländliche Gebiete gestartet

Am 07.09.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur angekündigten Mitteilung über eine langfristige Vision für ländliche Gebiete gestartet. Diese soll eine ganzheitliche Vision für die Zukunft der ländlichen Gebiete bis 2040 darlegen und eine Debatte über den Platz ländlicher Räume in der Gesellschaft auf europäischer Ebene in Gang setzen. Sie soll potenzielle (nicht-legislative) Maßnahmen aufzeigen, mit denen Problemen begegnet und Chancen bestmöglich genutzt werden können. In Form eines online verfügbaren Fragebogens (vorwiegend als „multiple choice“) werden u. a. Fragen zu Aspekten des Lebens in ländlichen Gebieten, zum Beitrag der Landwirtschaft in diesen Gebieten, zu möglichen Veränderungen in den nächsten 20 Jahren sowie zum Dienst ländlicher Gebiete für die Gesamtgesellschaft gestellt. Es besteht ferner auch die Möglichkeit, Freitext einzugeben und ein kurzes Dokument zum Fragebogen hochzuladen. Daneben können noch ergänzende Fragen zur Bedeutung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die ländlichen Gebiete beantwortet werden. Bis zum 30.11.2020 haben Behörden, Verbände, Organisationen, Institutionen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie alle anderen Interessierten die Möglichkeit, ihre Meinung im Rahmen der Konsultation zu äußern. Die Mitteilung soll im zweiten Quartal 2021 von der Kommission veröffentlicht werden.

[Konsultation zur langfristigen Vision für ländliche Gebiete](#)

Öffentliche Konsultation zu entwaldungsfreien Lieferketten gestartet

Am 03.09.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Minimierung des Risikos der Entwaldung und Waldzerstörung bei in der EU in Verkehr gebrachten Produkten gestartet. Mit dieser Initiative will die Kommission sicherstellen, dass keine in der EU verkauften Erzeugnisse (z. B. Soja, Rindfleisch, Palmöl, Kaffee und Kakao) in einer die Wälder schädigenden Weise gewonnen werden. Die Ergebnisse der Konsultation sollen in die Folgenabschätzung und Konzeption legislativer und nichtlegislativer Maßnahmen einfließen. In Form eines online verfügbaren Fragebogens (vorwiegend als „multiple choice“) werden Fragen zur Problematik der Entwaldung sowie zu potentiellen nachfrageseitigen Maßnahmen und deren Wirkungen gestellt, um den ökologischen Fußabdruck der EU in diesem Bereich zu verkleinern. Es besteht ferner auch die Möglichkeit, Freitext einzugeben und ein kurzes Dokument zum Fragebogen hochzuladen. Bis zum 10.12.2020 haben Erzeuger, Behörden, Verbände, Organisationen sowie alle anderen Interessierten die Möglichkeit, ihre Meinung im Rahmen der Konsultation zu äußern. Die Veröffentlichung eines Verordnungsvorschlags der Kommission ist für das zweite Quartal 2021 geplant.

[Konsultation zu entwaldungsfreien Lieferketten](#)



Öffentliche Konsultation zum Fitness-Check der EU-Vorschriften gegen illegalen Holzeinschlag gestartet

Am 03.09.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zum Fitness-Check der Vorschriften gegen illegalen Holzeinschlag gestartet. Im Rahmen der Evaluierung soll bewertet werden, wie die beiden Verordnungen „Einrichtung eines FLEGT-Genehmigungssystems für Holzeinfuhren in die Europäische Gemeinschaft“ (Verordnung (EG) Nr. 2173/2005) und die „EU-Holzverordnung“ (Verordnung (EU) Nr. 995/2010) zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags funktioniert haben. In Form eines online verfügbaren Fragebogens (vorwiegend als „multiple choice“) werden u. a. Fragen zur Umsetzung und Durchsetzung der beiden Verordnungen, zur Bewertung entstandener Kosten, zur Kohärenz mit EU-Politiken und internationalem Recht sowie zu Marktveränderungen gestellt. Bis zum 26.11.2020 haben Erzeuger, Behörden, Verbände, Organisationen sowie alle anderen Interessierten die Möglichkeit, ihre Meinung im Rahmen der Konsultation zu äußern. Die Finalisierung des Fitness-Check durch die Kommission ist für Ende 2020 geplant.

[Konsultation zum Fitness-Check](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

Kommission sowie Wirtschafts- und Sozialpartner erneuern Europäische Integrationspartnerschaft

Die Kommission sowie Wirtschafts- und Sozialpartner haben am 07.09.2020 die ursprünglich am 20.12.2017 unterzeichnete Europäische Integrationspartnerschaft erneuert. Ziel der Partnerschaft ist es, die frühzeitige Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt zu verbessern und dafür zu sorgen, dass die Integration den Geflüchteten sowie der Wirtschaft und der Gesellschaft insgesamt zugutekommt (siehe hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).

Im Rahmen einer gemeinsamen Erklärung bekunden die Unterzeichner die Absicht, im Rahmen der Integrationspartnerschaft bei Fragen der Arbeitsmigration enger zusammenzuarbeiten. Sie betonen dabei, wie wichtig hierbei ein gemeinsames Zusammenwirken aller Beteiligten ist, etwa der Arbeitsverwaltungen und Sozial- und Wirtschaftspartner, aber auch der Bildungs- und Ausbildungsanbieter, von Organisationen der Zivilgesellschaft und der Geflüchteten selbst. Zu den künftigen Schwerpunktbereichen gehört darüber hinaus die Förderung des Unternehmertums, auch als Beitrag zur Erholung nach der COVID-19-Krise. Schließlich sollen zukünftig die Fähigkeiten und Kompetenzen der Migranten leichter ermittelt und bewertet werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Wortlaut der Erklärung](#) (in englischer Sprache)

Kommission startet öffentliche Konsultation zu einer EU-Strategie für die Rechte des Kindes

Die Kommission plant für das erste Quartal 2021 die Vorlage einer „EU-Strategie für die Rechte des Kindes“ und hat am 01.09.2020 eine öffentliche Konsultation gestartet. Mit der Strategie in der Form einer Mitteilung sollen die EU-Maßnahmen zum Schutz der Kinderrechte verstärkt gefördert werden (EB 11/20).

Die Frist für Rückmeldungen endet am 08.12.2020.

[Weitere Informationen](#)

Arbeitslosenquote steigt im Juli 2020 im Euroraum auf 7,9 % und in der gesamten EU auf 7,2 %

Wie die europäische Statistikbehörde Eurostat am 01.09.2020 mitteilte, lag die Arbeitslosenquote im Euroraum im Juli 2020 bei 7,9 %, nachdem sie im Juni 2020 bei 7,7 % gelegen hatte. In der gesamten EU lag die Arbeitslosenquote der Meldung zufolge im Juli 2020 bei 7,2 %, im Vergleich zu 7,1 % im Vormonat. In Deutschland stieg sie um 0,1 Prozentpunkte auf 4,4 %.

Nach Schätzungen von Eurostat waren demnach im Juli 2020 in der Eurozone 12,79 Mio. und in der gesamten EU 15,18 Mio. Menschen arbeitslos.



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 14/2020 vom 11.09.2020



Die Jugendarbeitslosigkeit lag im Juli 2020 in der gesamten EU bei 17,0 % im Vergleich zu 16,9 % im Juni 2020. Im Euroraum stieg diese von 17,2 % auf 17,3 % im Vergleich zum Vormonat. In Deutschland blieb sie mit 5,7 % unverändert gegenüber dem Vormonat.

[Pressemitteilung von Eurostat](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Coronavirus: Kommission verhandelt mit Pharmaindustrie über Impfstoff-Kontingente

Die Kommission hat am 09.09.2020 über den Fortschritt der Gespräche mit der Industrie über künftige Lieferungen möglicher Coronavirus-Impfstoffe informiert. Die Kommission teilte mit, inzwischen seien die Sondierungsgespräche mit BioNTech-Pfizer, Sanofi-GSK, Johnson & Johnson, CureVac und Moderna abgeschlossen. Die Gespräche sollen zum Abschluss von Abnahmegarantien zugunsten der EU-Mitgliedstaaten führen. Zuvor hatte die Kommission bereits mitgeteilt, sie habe im Namen der EU-Mitgliedstaaten einen ersten Vertrag mit dem Unternehmen AstraZeneca unterzeichnet, der die künftige Lieferung von 300 Mio. (mit Option auf weitere 100 Mio.) Dosen eines möglichen Coronavirus-Impfstoffs vorsieht.

Die Vertragsverhandlungen erfolgen in Umsetzung der am 17.06.2020 vorgestellten EU-Strategie für Impfstoffe gegen das Coronavirus (EB 11/20). Durch die Strategie soll ein rascher und möglichst gleichberechtigter Zugang der EU-Mitgliedstaaten zu erschwinglichen Impfstoffen gewährleistet werden. Die Strategie sieht vor, dass die Kommission im Namen der Mitgliedstaaten Verträge („Advance Purchase Agreements – APAs“) mit Impfstoffherstellern abschließt, die derzeit an aussichtsreichen Coronavirus-Impfstoffen arbeiten. Damit soll den Mitgliedstaaten im Voraus das Recht gesichert werden, die fertigen Impfstoffe zu festgelegten Konditionen kaufen zu können. Die dafür benötigten Finanzmittel sollen aus dem EU-Soforthilfeinstrument bereitgestellt werden.

[Pressemitteilung](#)

Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht „Gesunde Umwelt, gesundes Leben“

Die Europäische Umweltagentur (EUA) hat am 08.09.2020 einen Bericht zum Thema „Gesunde Umwelt, gesundes Leben: Wie die Umwelt die Gesundheit und das Wohlbefinden in Europa beeinflusst“ vorgelegt (siehe hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB). Dem Bericht zufolge hat die Umweltverschmutzung durch menschliches Handeln weiterhin einen bedeutenden Anteil an den Krankheits- und Todesfällen in Europa.

Aus dem Bericht geht u. a. hervor, dass die Luftverschmutzung mit jährlich mehr als 400.000 durch sie verursachten vorzeitigen Todesfällen in der EU weiterhin die größte umweltbedingte Gesundheitsbedrohung ist. Lärmbelastung stehe mit 12.000 vorzeitigen Todesfällen an zweiter Stelle, gefolgt von Auswirkungen des Klimawandels, insbesondere Hitzewellen. Die Belastung durch Verschmutzung und Klimawandel variere innerhalb Europas, wobei ein deutlicher Unterschied zwischen Ländern in Ost- und Westeuropa bestehe.

[Bericht](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung](#)



Coronavirus: Kommissionsvorschlag zur Verbesserung der Klarheit und Vorhersehbarkeit von Maßnahmen zur Beschränkung der Freizügigkeit in der EU

Die Kommission hat am 04.09.2020 einen Vorschlag für eine Ratsempfehlung vorgelegt, die auf eine bessere Koordinierung und Kommunikation von nationalen Beschränkungen der Freizügigkeit aufgrund der Coronavirus-Pandemie abzielt (siehe hierzu Beitrag des StMI in diesem EB). Der Vorschlag wird im nächsten Schritt innerhalb des Rates erörtert werden.

In dem Entwurf zeigt die Kommission vier Schlüsselbereiche auf, in denen die Mitgliedstaaten enger zusammenarbeiten sollen: Erstens werden gemeinsame Kriterien und Schwellenwerte als Grundlage für Entscheidungen der Mitgliedstaaten über die Einführung von Reisebeschränkungen vorgeschlagen. Zweitens sieht der Vorschlag vor, dass das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) nach gemeinsamen Kriterien und mit einem gemeinsamen Farbcode eine Karte der EU-/EWR-Staaten erstellt, die für nationale Entscheidungen über Reisebeschränkungen verwendet werden kann. Drittens wird in dem Vorschlag ein gemeinsamer Rahmen für Maßnahmen, die für Reisende aus Risikogebieten gelten, festgelegt. Viertens enthält der Vorschlag Empfehlungen für die klare und rechtzeitige Information der Öffentlichkeit über Beschränkungen.

[Vorschlag der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung](#)

Coronavirus: EU-Gesundheitsminister beraten über Reisebeschränkungen und Impfstoffbeschaffung

Am 04.09.2020 fand eine informelle Videokonferenz der Gesundheitsminister der EU-Mitgliedstaaten statt, an der auch die Kommission und das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) teilnahmen. Allgemeines Ziel der Videokonferenz war die Fortführung der EU-weiten Zusammenarbeit und der gemeinsamen Anstrengungen zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie.

Im Einzelnen hatte die deutsche EU-Ratspräsidentschaft zwei Themen auf die Tagesordnung der informellen Videokonferenz gesetzt: Es wurde zum einen über ein koordiniertes Vorgehen der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit Test- und Quarantäneregeln für Reisende beraten. Das zweite Thema des Austauschs betraf die Entwicklungen auf EU-Ebene in Bezug auf die Beschaffung von Coronavirus-Impfstoffen und deren Finanzierung.

[Pressemitteilung](#)

Coronavirus: Kommission beteiligt sich an COVAX-Initiative für globalen Impfstoffzugang

Die Kommission hat am 31.08.2020 mitgeteilt, dass sie sich an der COVAX-Initiative zur Förderung der Entwicklung, Herstellung und des weltweiten Zugangs zu bezahlbaren Coronavirus-Impfstoffen beteiligen werde. Die Beteiligung der EU an COVAX ergänze die laufenden Verhandlungen der Kommission mit mehreren



Pharmaunternehmen zur Beschaffung möglicher Coronavirus-Impfstoffe (siehe gesonderten Beitrag in diesem EB). Der Kommission zufolge wird sich die EU mit 400 Mio. € an COVAX beteiligen. Die Einzelheiten der Beteiligung seien jedoch noch festzulegen.

Die COVAX-Initiative unter Federführung der globalen Impfstoff-Allianz Gavi, der Coalition for Epidemic Preparedness Innovations (CEPI) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) soll die Entwicklung und Herstellung von Coronavirus-Impfstoffen beschleunigen und für einen weltweit fairen Zugang sorgen. Ziel der COVAX-Fazilität ist es, bis Ende 2021 für die weltweite Verteilung von 2 Mrd. Impfdosen zu sorgen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Weiterführende Informationen zur COVAX-Initiative](#) (in englischer Sprache)

Coronavirus: Kommission registriert die Europäische Bürgerinitiative „Recht auf Behandlung“

Die Kommission hat am 21.08.2020 beschlossen, die Europäische Bürgerinitiative „Recht auf Behandlung“ („Right to Cure“) zu registrieren. Der Beschluss wurde am 26.08.2020 im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Mit der Europäischen Bürgerinitiative soll die Kommission aufgefordert werden sicherzustellen, dass Rechte des geistigen Eigentums wie Patente und Marktexklusivität den Zugang zu künftigen Coronavirus-Impfstoffen oder -Behandlungen nicht behindern. Auch fordert die Bürgerinitiative u. a. die Einführung rechtlicher Verpflichtungen für Empfänger von EU-Mitteln, um Transparenz und die gemeinsame Nutzung des Fachwissens, des geistigen Eigentums und der Daten von Gesundheitstechnologien mit Bezug zu COVID-19 sicherzustellen.

Sollte die Bürgerinitiative innerhalb eines Jahres insgesamt eine Million Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben Mitgliedstaaten erhalten, muss die Kommission innerhalb von sechs Monaten reagieren. Die Kommission kann dabei selbst entscheiden, ob sie der Aufforderung der Bürgerinitiative nachkommen will oder nicht, sie muss ihre Entscheidung aber in jedem Fall begründen.

[Beschluss der Kommission \(EU-Amtsblatt\)](#)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission veröffentlicht Bericht über die Verwendung von Quecksilber in Dentalamalgam

Die Kommission hat am 17.08.2020 einen Bericht über Maßnahmen zur Verringerung von Quecksilberemissionen durch Dentalamalgam vorgelegt (siehe hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB). Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass der schrittweise Ausstieg aus der größten verbleibenden Verwendung von Quecksilber – Dentalamalgam – technisch und wirtschaftlich vor 2030 machbar sei. Die Kommission werde im Jahr 2022 daher einen Gesetzgebungsvorschlag zum schrittweisen Ausstieg aus der Verwendung von Dentalamalgam vorlegen. Zudem werde eine Bewertung des Bedarfs an Begleitmaßnahmen erfolgen. Zusätzlich zur weiteren Arbeit an einer schrittweisen Beendigung des Inverkehrbringens von mit Quecksilber versetzten Produkten auf dem EU-Binnenmarkt werde sich die EU aktiv an den internationalen Bemühungen zur Regulierung von Quecksilber beteiligen.



Mit der vorgelegten Analyse kommt die Kommission einer Berichtspflicht gemäß Art. 19 der Verordnung (EU) 2017/852 über Quecksilber nach. Die Verordnung enthält Regelungen über die Herstellung, Verwendung, Lagerung, den Handel und die Entsorgung von Quecksilber und quecksilberhaltigen Produkten. Ihr Ziel ist es, die Gesundheit des Menschen und die Umwelt vor anthropogenen Emissionen von Quecksilber und Quecksilberverbindungen zu schützen.

[Link zum Bericht](#)

Kommission veröffentlicht Abschlussbericht zur Evaluierung der EU-Gesetzgebung über Kinderarzneimittel und Arzneimittel für seltene Erkrankungen

Die Kommission hat am 11.08.2020 den Abschlussbericht zur Evaluierung der Verordnungen (EG) Nr. 1901/2006 über Kinderarzneimittel und (EG) Nr. 141/2000 über Arzneimittel für seltene Leiden veröffentlicht. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass die Verordnungen die Entwicklung und Verfügbarkeit von Arzneimitteln für Kinder und seltene Erkrankungen gefördert haben. Entsprechende Arzneimittel würden jedoch vorwiegend in bestimmten, rentablen Therapiefeldern entwickelt. So richte sich beispielsweise die Entwicklung von neuen Arzneimitteln für Kinder weiterhin hauptsächlich nach dem Bedarf bei Erwachsenen. Dies führe dazu, dass bestimmte Therapielücken nicht geschlossen werden könnten. Zudem seien Ineffizienzen des in den Verordnungen geregelten Anreizsystems zur Förderung der Entwicklung von Kinderarzneimitteln und Arzneimitteln für seltene Leiden zu beobachten.

Der Kommission zufolge werden sich die Überlegungen zu künftigen Änderungen des EU-Rechtsrahmens für Kinderarzneimittel und Arzneimittel für seltene Leiden an den Ergebnissen der Evaluierung orientieren. Die Evaluierungsergebnisse sollen zudem in die von der Kommission angekündigte EU-Arzneimittelstrategie einfließen.

[Deutschsprachige Zusammenfassung des Abschlussberichts](#)

[Weiterführende Informationen und Link zur Vollversion des Abschlussberichts](#) (in englischer Sprache)

Kommission stellt die neue Drogenstrategie der EU und den zugehörigen Drogenaktionsplan vor

Die Kommission hat am 24.07.2020 eine Mitteilung über die neue EU-Agenda zur Drogenbekämpfung 2021 - 2025 und den zugehörigen Aktionsplan vorgelegt. Zugleich legte die Kommission eine abschließende Bewertung der bisherigen EU-Drogenstrategie 2013 - 2020 und des laufenden EU-Drogenaktionsplans 2017 - 2020 vor. In der neuen EU-Agenda zur Drogenbekämpfung 2021 - 2025 werden der politische Rahmen und die Handlungsschwerpunkte der EU-Drogenpolitik für die nächsten fünf Jahre festgelegt. Der zugehörige EU-Drogenaktionsplan enthält konkrete operative Schritte zur Umsetzung der strategischen Prioritäten.

In der neuen EU-Agenda werden acht strategische Prioritäten in drei Themenfeldern benannt. Das erste Themenfeld betrifft verstärkte Sicherheitsmaßnahmen zur Zerschlagung der Drogenmärkte und des Drogenhandels. Der zweite Themenkomplex, der in der EU-Agenda genannt wird, betrifft Prävention und



Sensibilisierung. Als Handlungsprioritäten werden insoweit die Verhinderung des Drogenkonsums, die Verbesserung der Verbrechensprävention sowie die Sensibilisierung für die negativen Auswirkungen von Drogen auf Bürger und die Gesellschaft genannt. Im dritten Themenkomplex - Vorgehen gegen drogenbedingte Schäden – werden als Handlungsprioritäten u. a. die Verbesserung des Zugangs zu Behandlungsmöglichkeiten, effizientere Maßnahmen zur Minderung von Gesundheitsrisiken bei Drogenkonsumierenden sowie die Entwicklung eines umfassenden Konzepts in Bezug auf den Drogenkonsum in Haftanstalten genannt.

[Pressemitteilung](#)

[Mitteilung zur neuen EU-Drogenagenda und zum Drogenaktionsplan 2021 - 2025](#)

[Bewertung der alten EU-Drogenstrategie](#) (in englischer Sprache)

[Weiterführende Informationen zur EU-Drogenpolitik](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

Konsultation zur Überarbeitung der eIDAS-Verordnung und Schaffung einer digitalen Identität

Am 24.07.2020 startete die Kommission eine Konsultation zur geplanten Überarbeitung der eIDAS-Verordnung (VO v. 23.07.2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt, 910/2014/EU) und zu ihrer Initiative zur Schaffung einer digitalen Identität. Mit der eIDAS-Verordnung sollte eine sichere elektronische Interaktion zwischen Bürgern, Unternehmen und Behörden gewährleistet werden. Die Kommission wird nun prüfen, ob der Anwendungsbereich oder einzelne Bestimmungen der eIDAS-Verordnung angesichts der technologischen, marktbezogenen und rechtlichen Entwicklungen angepasst werden müssen. In Erwägung gezogen wird insbesondere die Ausweitung auf den Privatsektor und die Förderung vertrauenswürdiger digitaler Identitäten für alle Europäer. Bis zum 02.10.2020 können sich Interessenträger äußern. Die Vorlage eines Legislativvorschlags ist für das vierte Quartal 2020 vorgesehen.

[Überblicksseite zur Initiative für eine europäische digitale Identität](#)

[Konsultation zu eIDAS und zur Schaffung einer digitalen Identität](#)

Ausbau der Breitbandinfrastruktur: Kommission nimmt Rückmeldungen zur Bewertung der EU-Beihilfavorschriften entgegen

Die Kommission eröffnete am 08.08.2020 zwei Konsultationsverfahren zur Anpassung der Beihilferegeln für den Ausbau von Breitbandnetzen an Technologie- und Marktentwicklungen. Rückmeldungen sind bis zum 05.01.2021 möglich (siehe hierzu Beitrag des StMFH in diesem EB).

[Kommissionswebseite zu beiden Konsultationen zu Beihilfavorschriften für den Breitbandausbau](#) (in englischer Sprache)

EU CodeWeek 2020 wird hauptsächlich online stattfinden

Die diesjährige EU CodeWeek findet vom 10.10.2020 - 25.10.2020 hauptsächlich online statt. Angemeldete Aktivitäten müssen kostenlos und allgemein zugänglich sein. Physische Veranstaltungen sind möglich, wo sie vor Ort erlaubt sind. Ab dem 16.09.2020 ist ein „massive open online course“ zugänglich, der freiwillige Veranstalter bei der Organisation von Events unterstützen soll. Die Auftaktveranstaltung wird am 08.10.2020 ebenfalls virtuell stattfinden. Die EU CodeWeek ist eine Breiteninitiative, die der Bevölkerung das Programmieren und digitale Kompetenzen näherbringen soll. Sie lebt von den Events, die von Freiwilligen überall in der EU organisiert werden und wird von der Kommission unterstützt.

[Offizielle Website der CodeWeek](#)

[Pressemitteilung der Kommission zur Online-CodeWeek](#)



Förderprogramm „Kreatives Europa“: Bericht zur Förderperiode 2019

Die Kommission hat einen Bericht zur Förderperiode 2019 von „Kreatives Europa“, dem Rahmenprogramm zur Förderung der europäischen Kultur und des audiovisuellen Sektors, veröffentlicht. Das Teilprogramm MEDIA habe im Jahr 2019 ein Viertel aller Filmproduktionen in der EU unterstützt. 21 mit MEDIA geförderte Filme haben 40 Ehrungen auf den sieben renommiertesten Filmfestivals erhalten.

[Pressemeldung der Kommission mit weiterführendem Link](#)